Zusatzbotschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 12 / 2020 – 2021

Inhalt Seite

12. Anpassung des Wahlsystems des Grossen Rates (Umsetzung des Modells C – Doppelproporz-System im Verhältnis Kanton / bisherige 39 Wahlkreise):
Teilrevision von Art. 27 der Verfassung des Kantons Graubünden (Kantonsverfassung, KV) und Erlass eines Gesetzes über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG) 719

Inhaltsverzeichnis

12. Anpassung des Wahlsystems des Grossen Rates (Umsetzung des Modells C – Doppelproporz-System im Verhältnis Kanton/ bisherige 39 Wahlkreise): Teilrevision von Art. 27 der Verfassung des Kantons Graubünden (Kantonsverfassung, KV) und Erlass eines Gesetzes über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG)

I. Revisionsvorlage 720
1. Konzept und Grundzüge 720
1.1. Grundsätzliches 720
1.2. Einpassung in die bestehende Rechtsordnung 725
1.3. Regelungsinhalte in der Übersicht 726
2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen 729
2.1. Teilrevision Kantonsverfassung 729
2.2. Gesetz über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG) 730

II. Organisatorische, finanzielle und personelle Auswirkungen .. 742

III. Gute Gesetzgebung 743

IV. Schlussbemerkungen 743

Anhänge
1. Verteilung der Grossratssitze auf die Wahlkreise gemäss Modell C (Basis: Bilanz ständige schweizerische Wohnbevölkerung vom 31.12.2018)
2. Beispiel für Verteilung der Sitze auf Parteilisten nach der doppelproportionalen Divisormethode mit Standardrundung = «Doppelter Pukelsheim»
3. Glossar

Erlasstexte
– Entwurf Teilrevision der Verfassung des Kantons Graubünden (Art. 27 KV)
– Entwurf Gesetz über die Wahl des Grossen Rates inkl. Anhang 1 (Grossratswahlgesetz, GRWG)

Geltendes Recht

- Verfassung des Kantons Graubünden vom 14. September 2003 (Kantonsverfassung, KV; BR 110.100)
- Gesetz über den Grossen Rat vom 8. Dezember 2005 (Grossratsgesetz, GRG; BR 170.100) im Auszug
- Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden vom 17. Juni 2005 (GPR; BR 150.100) im Auszug
- Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden, Teilrevision vom 12. Februar 2018 (GPR; BR 150.100) im Auszug

Zusatzbotschaft der Regierung an den Grossen Rat

12.

Anpassung des Wahlsystems des Grossen Rates (Umsetzung des Modells C – Doppelproporz-System im Verhältnis Kanton/bisherige 39 Wahlkreise): Teilrevision von Art. 27 der Verfassung des Kantons Graubünden (Kantonsverfassung, KV) und Erlass eines Gesetzes über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG)

Chur, den 24. November 2020

Sehr geehrter Herr Standespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Zusatzbotschaft unterbreiten wir Ihnen in Ergänzung zur regierungsrätlichen Botschaft vom 24. August 2020 betreffend Anpassung des Wahlsystems des Grossen Rats (vgl. Heft Nr. 8/2020–2021, S. 429 ff.) eine ausformulierte Revisionsvorlage zur Umsetzung des sog. Modells C (Doppelproporz-System im Verhältnis Kanton/bisherige 39 Wahlkreise). Die Regierung kommt damit dem entsprechenden Auftrag der Kommission für Staatspolitik und Strategie (KSS) nach, den ihr diese am 23. Oktober 2020 im Rahmen eines Rückweisungsbeschlusses erteilt hatte.

I. Revisionsvorlage

1. Konzept und Grundzüge

1.1. Grundsätzliches

Beim Modell C wird der Grosse Rat nach dem *(Doppel-) Proporzwahlsystem (Doppelproportionale Divisormethode mit Standardrundung = «Doppelter Pukelsheim»)* gewählt. Der «doppelte Pukelsheim» garantiert ein Doppelmass an Proportionalität. Die Sitze werden so zugeteilt, dass einerseits die Parteien über das ganze Kantonsgebiet proportional zu ihren Wähleranteilen Sitze erhalten (Oberzuteilung) und andererseits die Wahlkreise proportional zu den Bevölkerungszahlen repräsentiert werden (Unterzuteilung). Als Wahlkreise können die bisherigen 39 Wahlkreise beibehalten werden. Gewählt wird mittels Listen. Wählbar sind nur Personen, die auf einer Liste des entsprechenden Wahlkreises stehen. Jede Wählerin und jeder Wähler hat so viele Stimmen, wie im Wahlkreis Sitze zu vergeben sind. In einem ersten Schritt wird die Sitzverteilung an die Listengruppen (= alle Listen mit gleicher Bezeichnung in den Wahlkreisen) anhand ihres Wahlergebnisses im gesamten Kanton (Zusammenfassung der Ergebnisse der gleichnamigen Listen in den Wahlkreisen) vorgenommen *(sog. Oberzuteilung)*.[1] Damit steht fest, wie viele Sitze jede Listengruppe gesamtkantonal erhält. Die Erfolgswertgleichheit wird damit über das ganze Wahlgebiet sichergestellt. In einem weiteren Schritt wird unter Berücksichtigung des Ergebnisses in den Wahlkreisen (Kreise) die Sitzzuteilung an die in den einzelnen Wahlkreisen kandidierenden Listen vorgenommen *(sog. Unterzuteilung)*. Dadurch könnte in verschiedenen Wahlkreisen der Fall eintreten, dass das Ergebnis der Sitzverteilung nicht mit der Parteistärke im Wahlkreis übereinstimmt *(sog. gegenläufige Sitzverteilung)*. Gewählt werden könnten aber auch in diesen Fällen immer nur Personen des gleichen Wahlkreises, d. h. es könnten keine Personen gewählt werden, die sich nicht im Kreis zur Wahl gestellt haben. Ob und wie häufig solche gegenläufigen Sitzverteilungen in einzelnen Wahlkreisen einträten, lässt sich nicht prognostizieren. Bei 39 Wahlkreisen, zudem von

[1] Dabei sollen die Wählenden aller Wahlkreise unabhängig von der Wahlkreisgrösse alle den gleichen Einfluss auf die kantonale Sitzverteilung haben. Deshalb werden nicht die Parteistimmen addiert, sondern die sog. Wählerzahlen der Listengruppen (Parteien) ermittelt. Dazu werden für jeden Wahlkreis die dort erzielten Parteistimmen einer Liste (Partei) dividiert durch die im jeweiligen Wahlkreis zu vergebenden Sitze. Die einzelnen Wählerzahlen einer Listengruppe (Partei) aus den verschiedenen Wahlkreisen werden anschliessend zusammengezählt und dann durch einen sog. Kantonswahlschlüssel (wird so festgelegt, dass alle 120 Sitze vergeben werden) geteilt. Damit steht fest, wie viele Sitze eine Listengruppe (Partei) im gesamten Kanton erhält (siehe auch Kommentierung zu Art. 27 E-GRWG auf S. 737).

sehr unterschiedlicher Grösse, könnten gegenläufige Sitzverteilungen aber nicht ausgeschlossen werden. Die Nachvollziehbarkeit und die Transparenz der Wahlergebnisse wäre daher für die Bürgerinnen und Bürger voraussichtlich geringer als heute. Durch die Einführung einer *Sperrklausel/eines Quorums* (auf kantonaler Ebene) lässt sich das Risiko von gegenläufigen Sitzverteilungen etwas einschränken und bei Einerwahlkreisen durch die Einführung einer *Majorzbedingung* gänzlich ausschliessen. Mit der Majorzbedingung kann überdies sichergestellt werden, dass die stimmenstärkste Partei in einem Wahlkreis mindestens einen Sitz erhält.

Ausgehend von diesen Überlegungen wird beim Modell C folgende Ausgestaltung der Hauptelemente des Wahlsystems (Wahlkreiseinteilung, Verfahren der Sitzverteilung auf die Wahlkreise und Verfahren der Sitzverteilung auf die Listengruppen und Listen) vorgeschlagen:

Wahlkreiseinteilung

Die bisherige Wahlkreiseinteilung (39 Wahlkreise) wird beibehalten. Mit der Struktur von 39 Wahlkreisen kann die Vielfalt des Kantons in geografischer, kultureller, wirtschaftlicher, sprachlicher, gesellschaftlicher und konfessioneller Hinsicht im bisherigen Umfang im Grossen Rat abgebildet werden. Die Nähe der Wählenden zu den Kandidierenden bleibt somit bestehen. Der Wahlkampf muss nicht auf zu grosse Wahlkreise ausgedehnt werden. Der Wettbewerb unter den Gruppierungen dürfte belebt werden, weil sich eine Kandidatur auch in Wahlkreisen lohnen kann, in denen ein direkter Sitzgewinn nicht wahrscheinlich ist, aber die Stimmen möglicherweise zu einem Gewinn in einem anderen Wahlkreis verhelfen können.

Verfahren der Sitzverteilung auf die Wahlkreise

Das bisherige Sitzverteilungsverfahren, das sog. «Bruchzahlverfahren» (Methode Hare/Niemeyer; Wahlzahlverfahren), welches in den meisten Kantonen und auch im Bund verwendet wird, soll beibehalten werden. Eine Alternative wäre das Verfahren «Sainte-Laguë» (Divisormethode mit Standardrundung), welches die Kantone Zürich und Aargau verwenden. Im Ergebnis wären im Vergleich zu heute kaum wesentliche Verschiebungen zu erwarten. Der Wirkungsmechanismus des Verfahrens ist aber weniger transparent als jener des Bruchzahlverfahrens. Das bisherige Verfahren hat sich in Graubünden bewährt und wurde auch noch nie politisch in Frage gestellt. Ein Wechsel drängt sich deshalb nicht auf.

Verfahren der Sitzverteilung auf die Listengruppen und Listen (Parteien)

Die Sitzverteilung soll nach der «Doppelproportionalen Divisormethode mit Standardrundung» («Doppelter Pukelsheim») erfolgen. Diese Methode gelangt mittlerweile u.a. in sieben Kantonen (ZH, AG, SH, NW, ZG, SZ und VS) bei den Parlamentswahlen zum Einsatz. Näheres zu den einzelnen Verfahrensschritten siehe hinten bei der Kommentierung der einschlägigen Bestimmungen (Art. 25 ff. E-GRWG) und auch das Beispiel in Anhang 2.

Für *Listenverbindungen*[2] gibt es bei der Methode des «doppelten Pukelsheim» keine Veranlassung, weil mit dieser Methode bereits eine genaue Abbildung der politischen Kräfteverhältnisse erreicht wird. Sie bleiben folgerichtig in allen Pukelsheim-Kantonen ausgeschlossen. Von Listenverbindungen wäre aber auch aus Gründen der Transparenz abzusehen. Für die Wählenden ist es bei Listenverbindungen oft nicht bzw. nur schlecht erkennbar, wem genau ihre Stimme zukommt. Es kann so durchaus sein, dass sie mit ihrer Stimme einer anderen, nicht unbedingt ihrer politischen Orientierung entsprechenden Liste oder Person zu einem Sitz verhelfen. Auch kann allgemein die Komplexität des Verfahrens reduziert werden. Das Verfahren wird einfacher verständlich, nachvollziehbarer und besser vermittelbar. Ohne Listenverbindungsmöglichkeit dürfte auch die Anzahl der Listen und Kandidierenden geringer bleiben, was zu mehr Klarheit und Übersicht für die Wahlberechtigten führt (vgl. Anina Weber, Schweizerisches Wahlrecht und die Garantie der politischen Rechte, Schulthess juristische Medien AG, Zürich, Basel, Genf 2016, S. 189 f.).

---

[2] Durch das Eingehen einer Listenverbindung werden die Stimmen verschiedener Gruppierungen (Parteien) für die Sitzverteilung zusammengezählt. Die verbundenen Listen gelten bei der Sitzverteilung als eine einzige Liste. Die Gesamtsumme ihrer Stimmenzahlen wird den übrigen Listen gegenübergestellt. Die von der Listenverbindung eroberten Sitze werden danach in einer zweiten Verteilung innerhalb der Verbindung an die einzelnen Partner verteilt.

Hingegen soll, wie in gewissen Pukelsheim-Kantonen (AG, SZ, ZG)[3], ein *gesetzliches Quorum* auf Kantonsebene statuiert werden, d.h. ein Prozentsatz an Wählern (Wähleranteil), der erreicht werden muss, damit eine Listengruppe (Partei) an der Sitzverteilung teilnehmen kann. Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass die Handlungsfähigkeit des Grossen Rats und seine Effizienz nicht durch den Einzug einer Vielzahl von Kleinstgruppierungen beeinträchtigt werden. Zudem lässt sich auch das Risiko gegenläufiger Sitzverteilungen etwas verringern. Ein Quorum von 3 Prozent erscheint im Vergleich mit den anderen Kantonen und unter Berücksichtigung des in Graubünden tiefen natürlichen Quorums[4] als angemessen. Die absolute bundesrechtliche Grenze für direkte Quoren liegt bei 10 Prozent (BGE 131 I 74 E. 5.4).

Das Verfahren des «doppelten Pukelsheim» führt zu einer hohen Abbildungsgenauigkeit der (Wähler-) Stärkeverhältnisse der Parteien im Grossen Rat bezogen auf das gesamte (kantonale) Wahlgebiet. Eine proportionale Abbildung innerhalb eines Wahlkreises vermag das Verfahren hingegen nicht zu bieten. Es ist deshalb möglich, dass innerhalb eines Wahlkreises eine Liste (Partei) mehr Sitze erhält als eine andere, obwohl sie in diesem Wahlkreis weniger Stimmen auf sich vereinigt (sog. gegenläufige Sitzverteilung). Auf der Ebene des gesamten Wahlgebiets gleicht sich dies jedoch wieder aus. Gegenläufige Sitzverteilungen sind in grösseren Wahlkreisen weniger problematisch. Anders wäre die Wahrnehmung und Akzeptanz aber in kleinen Wahlkreisen, insbesondere in Einerwahlkreisen. Zwar ist es eher unwahrscheinlich, dass der einzig zu vergebende Sitz nicht an die stimmenstärkste Liste (Partei) geht, aber doch möglich. Ein solcher Fall soll durch eine sog. Majorzbedingung (Mehrheitsklausel) im Gesetz ausgeschlossen werden: danach bekommt in jedem Wahlkreis die stimmenstärkste Liste (Partei) mindestens einen Sitz[5], sofern die zugehörige Listengruppe gemäss Oberzuteilung Anspruch auf genügend Sitze hat. Die *Majorzbedingung* bewirkt, dass in einem Einerwahlkreis der eine Sitz zwingend an die in diesem Wahlkreis stimmenstärkste Liste (Partei) geht. Für Graubünden, mit einem grossen Anteil an Einerwahlkreisen (Gesamterneuerungswahlen 2018: 19 Einerwahlkreise von total 39 Wahlkreisen), eine wichtige Ab-

[3] Kantonales Quorum: AG = 3%, SZ = 1%, ZG = 3%. AG und ZG (beide alternativ zum kantonalen Quorum) sowie VS und ZH (ausschliesslich) kennen gesetzliches Quorum (5 bis 8%) pro Wahlkreis.

[4] Die Formel zur Berechnung des kantonsweiten natürlichen Quorums lautet im System «Pukelsheim»: 1/(2*M – L+2). M = Zahl der zu vergebenden Mandate und L = Zahl der beteiligten Listengruppen. Bei Annahme von 10 Listengruppen läge das natürliche Quorum in Graubünden für einen Sitz bei 0.43% (1/2*120 – (10+2)).

[5] Das Bundesgericht hat die Majorzbedingung als systemimmanentes und geeignetes Instrument anerkannt, um in Einerwahlkreisen Gegenläufigkeiten zu vermeiden (vgl. BGE 143 I 92 E. 6.3.2 S. 104 f.).

sicherung. Solche Majorzbedingungen kennen im Übrigen auch die Kantone Schaffhausen und Zug. Nähere Ausführungen zur vorgeschlagenen konkreten Ausgestaltung der Majorzbedingung finden sich bei der Kommentierung der einschlägigen Bestimmungen (siehe bei Art. 28 Abs. 2 und Abs. 3 E-GRWG).

Vorbereitung und Durchführung der Wahlen (Organisation und Zuständigkeiten)

Beim bisherigen Majorzwahlverfahren wurden die Grossratswahlen organisatorisch weitgehend dezentral vorbereitet und durchgeführt. Vorbereitung und Ergebnisermittlung oblagen früher den 39 Kreisämtern und bei den Wahlen 2018 erstmals den 11 Regionalausschüssen, jeweils im Zusammenwirken mit den Gemeinden der entsprechenden Wahlkreise. Die Wahlen nach dem Verhältniswahlverfahren gemäss der Methode des «doppelten Pukelsheim» sind verfahrensmässig und organisatorisch deutlich komplexer. In der Vorbereitung ist in allen Wahlkreisen ein Verfahren zur Einreichung von Wahlvorschlägen durchzuführen. Diese Vorschläge sind wahlkreisintern und gesamtkantonal zu bereinigen und dann die bereinigten Wahlvorschläge als sog. Listen mit Listennummern zu versehen und zu publizieren. Für jeden Wahlkreis sind entsprechend den dort antretenden Listen Wahlzettel zu drucken. Zudem ist für die Wählerschaft im Kanton eine Wahlanleitung zu erstellen, welche allgemein die Voraussetzungen und die Möglichkeiten der korrekten Stimmabgabe aufzeigt. Die Erfassung der Stimmen auf den eingegangenen Wahlzetteln hat dann durch die Gemeinden zu erfolgen. Diese übermitteln in der Folge die erfassten Werte elektronisch dem Kanton, wo mittels eines Computerprogramms die Sitzverteilung zuerst gesamtkantonal auf die Listengruppen (Oberzuteilung) und dann auf die einzelnen Listen und Wahlkreise (Unterzuteilung) sowie auf die Gewählten erfolgt. Der Kanton gibt dann am Wahlsonntag die vorläufigen und in der folgenden Woche die definitiven Wahlergebnisse bekannt.

Dieser skizzierte Ablauf zeigt, dass beim Verhältniswahlverfahren nach der Methode des «doppelten Pukelsheim» organisatorisch eine viel stärkere Zentralisierung des Wahlverfahrens erforderlich ist. Vorgesehen ist, dass die Regionalausschüsse für ihre Wahlkreise, im Zusammenwirken mit der Standeskanzlei, das Wahlvorschlagverfahren betreuen. Mit der Übermittlung der bereinigten Wahlvorschläge (= Listen) durch die Regionalausschüsse an die Standeskanzlei geht dann die Federführung für das weitere Verfahren auf den Kanton über. Dieser wird, analog zu den Nationalratswahlen, die Gemeinden und die Regionalausschüsse im Vorgang zu den Wahlen speziell zu instruieren haben.

1.2. Einpassung in die bestehende Rechtsordnung

Auch bei der Umsetzung des Modells C erachtet die Regierung eine möglichst knappe Regelung auf Verfassungsstufe und detailliertere Regelungen auf Gesetzesstufe als sachgerecht. Das erleichtert insbesondere allfällige spätere Anpassungen aufgrund von gemachten Erfahrungen. Die erforderlichen gesetzlichen Regelungen für die Ausgestaltung des Verfahrens der Wahl des Grossen Rats nach der doppelproportionalen Divisormethode («doppelter Pukelsheim») sollen in einem neuen *Gesetz über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG)* zusammengefasst werden. Wegen der besseren Auffindbarkeit und des sachlichen Zusammenhangs sollen weiter auch die Regelungen über die Verteilung der Sitze auf die Wahlkreise (Art. 1 Abs. 1, Art. 2 und Art. 3 GRG), die Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen (Art. 1 Abs. 2 und 3 GRG), die Stellvertretung (Art. 4 GRG) und über die Wahlbeschwerden (Art. 5 GRG), als wichtige Elemente eines Wahlsystems, aus dem Grossratsgesetz (GRG; BR 170.100) herausgenommen und in das neue Grossratswahlgesetz integriert werden. Anpassungen werden auch beim Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100) erforderlich. Es geht dabei vor allem um die Anpassung von Zuständigkeiten bei der organisatorischen Umsetzung der Grossratswahlen. Das Verfahren des «doppelten Pukelsheim» erfordert für bestimmte Phasen eine stärkere Konzentrierung der Prozesse und Zuständigkeiten bei der Standeskanzlei anstelle der Regionalausschüsse.

Abzustimmen ist die vorliegende Vorlage weiter auf die Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte im Kanton Graubünden vom 12. Februar 2018, welche in Zusammenhang mit der Einführung von E-Voting stand. Diese sah unter anderem auch ein Anmeldeverfahren für Majorzwahlen auf allen Staatsebenen vor. Diese Teilrevision ist nach Ablauf der Referendumsfrist in Rechtskraft erwachsen (vgl. eKAB-Nr: 00.025.057 vom 31. Mai 2018). Da E-Voting-Versuche vom Bundesrat vorläufig ausgesetzt wurden, hat die Regierung die besagte Teilrevision noch nicht in Kraft gesetzt. Im Hinblick auf eine mögliche spätere Inkraftsetzung der «E-Voting-GPR-Revision» sind einige Bestimmungen an den Umstand anzupassen, dass das Anmeldeverfahren für die Grossratswahlen nun umfassend im neuen Grossratswahlgesetz geregelt werden soll.

1.3. Regelungsinhalte in der Übersicht

Für die Umsetzung des Modells C sind nach dem Ausgeführten insbesondere nachfolgende Punkte zu regeln:

Auf Verfassungsstufe (Art. 27 KV)

– *Verfahren Sitzverteilung (Stimmenverrechnungsverfahren):*
Festlegung in Art. 27 Abs. 2 KV, dass die Wahl nach dem Verhältniswahlverfahren erfolgt. Vorbehalt anbringen, dass das Gesetz Mindestquoren und eine Majorzbedingung vorsehen kann.

– *Wahlkreise:*
Die heutige Wahlkreiseinteilung mit den 39 (historischen) Wahlkreisen soll im Modell C beibehalten werden. Die bestehende Regelung von Art. 27 Abs. 3 KV, wonach der Kanton in höchstens 39 Wahlkreise eingeteilt ist (Satz 1), und, dass das Gesetz die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den Wahlkreisen sowie die Auswirkungen von Gemeindezusammenschlüssen auf die Anzahl Wahlkreise regelt (Satz 2), kann unverändert bleiben. Sie bildet deshalb nicht Teil der Revision.

– *Basis für Berechnung der Sitzverteilung auf die Wahlkreise:*
Die Basis für die Verteilung der Sitze auf die Wahlkreise wird heute in Art. 27 Abs. 4 KV festgelegt. Basis bildet danach die schweizerische Wohnbevölkerung. Daran soll nichts geändert werden. Diese Bestimmung bildet deshalb nicht Teil der Revision.

– *Stellvertretung:*
Der bestehende Art. 27 Abs. 5 KV sieht vor, dass der Gesetzgeber die Stellvertretung regelt. Diese Delegationsbestimmung kann beibehalten werden. Sie bildet ebenfalls nicht Teil der Revision.

Auf Gesetzesstufe

a) Gesetz über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG)

– *Allgemeine Bestimmungen (Art. 1–6 E-GRWG)*
  – Gegenstand und Geltungsbereich
  – Die Einteilung des Kantons in Wahlkreise (im Anhang)
  – Die Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen (im Anhang)

- Das Verfahren der Verteilung der Sitze auf die Wahlkreise
- Die Stellvertretung im Grossen Rat

- *Vorbereitung der Wahlen (Art. 7–18 E-GRWG)*
  - Wahlvorschläge
    - → Aufforderung Einreichung
    - → Inhalt (Anzahl und Bezeichnung der Vorgeschlagenen; Bezeichnung Wahlvorschlag)
    - → Unterzeichnung (Quorum, Legitimation, Vertretung Wahlvorschlag)
    - → Einreichung (Frist, Einreichungsstelle)
    - → Bereinigung (Fristen, Folgen)
  - Listen
    - → Ausschluss von Listenverbindungen
    - → Listengruppen
    - → Listennummern
    - → Veröffentlichung
  - Erstellung und Zustellung der Wahlzettel und Wahlanleitung

- *Wahlakt (Art. 19–21 E-GRWG)*
  - Ausübung des Wahlrechts
  - Ausfüllen Wahlzettel
  - Ungültige Wahlzettel und Kandidatenstimmen

- *Ermittlung des Ergebnisses (Art. 22–33 E-GRWG)*
  - Kandidaten- und Parteistimmen
  - Zusatzstimmen
  - Zusammenstellung und Übermittlung der Ergebnisse (Gemeinden)
  - Sitzverteilung (Stimmenverrechnungsverfahren)
    - → Grundsatz (doppelproportionales Zuteilungsverfahren), Zuständigkeit (Standeskanzlei)
    - → Listengruppen, Quorum
    - → Oberzuteilung auf die Listengruppen
    - → Unterzuteilung auf die Listen mit integrierter Majorzbedingung
    - → Ermittlung der Gewählten und der Ersatzleute
    - → Überzählige Sitze
  - Nachrücken
  - Ergänzungswahl
  - Temporäre Stellvertretung

b) Fremdänderungen im Grossratswahlgesetz

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100)

– Art. 1 Abs. 1$^{bis\ (neu)}$ Geltungsbereich
Vorbehalt betreffend Regelungen im Grossratswahlgesetz anbringen.

– Art. 2 Abs. 2 Begriffe
Verweis anpassen (auf Grossratswahlgesetz).

– Art. 8 Abs. 1 Abstimmungsort, Abstimmungstag und Abstimmungsart
Die Möglichkeit für die Regionen, die Durchführung von Grossratswahlen an der Landsgemeinde vorzusehen (2. Satz), ist aufzuheben. Landsgemeinden werden keine mehr durchgeführt und auch von keiner Region als Möglichkeit in ihren Statuten vorgesehen.

– Art. 36 Abs. 1 und Abs. 3 Meldung der Ergebnisse
Anpassung der Meldeverfahren an die neue Zuständigkeitsordnung der Ergebnisermittlung: Die Gemeinden haben die kommunalen Teilergebnisse der Standeskanzlei zu übermitteln. Die Meldepflichten der Regionalausschüsse entfallen gänzlich.

– Art. 37 Abs. 1 und Abs. 2 Zusammenfassung der Ergebnisse
Anpassung der Zuständigkeit: Die Standeskanzlei konsolidiert die Ergebnisse der Wahlkreise.

– Art. 42 Abs. 1 Veröffentlichung 1. Vorläufiges Ergebnis
Anpassung der Zuständigkeit: neu Standeskanzlei verantwortlich.

– Art. 43 Abs. 2 und Abs. 3 2. Nachzählung
Anpassung der Zuständigkeit: neu entscheidet die Regierung.

– Art. 44 Abs. 1 und Abs. 2 3. Konsolidiertes Ergebnis
Anpassung der Zuständigkeit: neu Standeskanzlei verantwortlich.

– Art. 45 Abs. 1 Erwahrung
Neue Zuständigkeit: der Grosse Rat erwahrt Ergebnisse der Grossratswahlen.

– Art. 46 Abs. 1 Annahme der Wahl
Anpassung der Zuständigkeit: Mitteilung der Ablehnung der Wahl geht neu an Regierung.

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BR 170.100)

– Art. 1 bis Art. 5
  Diese Bestimmungen im GRG sollen ins neue GRWG übernommen werden und sind entsprechend im GRG aufzuheben. Ebenso der Anhang 1 mit der Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen.

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100) – Teilrevision vom 12. Februar 2018

– Art. 19b Abs. 1 Erneuerungswahlen 1. Aufforderung
  Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen bei Grossratswahlen ist neu abschliessend im GRWG geregelt.

– Art. 19e Abs. 1 Einreichung
  Einreichung von Wahlvorschlägen bei Grossratswahlen ist neu abschliessend im GRWG geregelt.

Auf Regierungsverordnungsstufe

Auf dieser Stufe wird das Verfahren der Losziehung näher zu regeln sein, welche bei der Sitzzuteilung in bestimmten Konstellationen als Entscheidregel vorgesehen ist (vgl. Art. 27, 28 und 29 E-GRWG). Möglich sind weiter nähere organisatorische und administrative Regelungen zur Durchführung der Wahlen.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

2.1. Teilrevision Kantonsverfassung

Art. 27 Zusammensetzung und Wahl

Abs. 2: Auf der Verfassungsstufe werden neu der Grundsatz geregelt, dass die Wahl des Grossen Rats nach dem Verhältniswahlverfahren erfolgt sowie die Möglichkeiten statuiert, dass der Gesetzgeber Mindestquoren und eine Majorzbedingung vorsehen kann. Da im Modell C die heute bestehende Wahlkreiseinteilung unverändert übernommen werden soll, kann Art. 27 Abs. 3 KV, der eine Begrenzung der Anzahl auf höchstens 39 Wahlkreise vorsieht und die Regelung der Zugehörigkeit der Gemeinden zu den Wahlkreisen sowie der Auswirkungen von Gemeindezusammenschlüssen auf die

Anzahl der Wahlkreise an den Gesetzgeber delegiert, beibehalten werden. Keiner Anpassungen bedarf auch Art. 27 Abs. 4 KV, welcher vorsieht, dass für die Sitzverteilung auf die Wahlkreise die schweizerische Wohnbevölkerung massgebend ist. Diese Regelung ist seit 1972 etabliert. Unverändert belassen werden kann auch Art. 27 Abs. 5 KV, der eine Regelung der Stellvertretung auf Gesetzesstufe verlangt.

In diesem verfassungsmässigen Rahmen verbleibt dem Gesetzgeber ein grösserer Spielraum, um das Verhältniswahlverfahren näher auszugestalten. So wäre das Modell C beispielsweise auch in der Variante mit den Regionen als Wahlkreise möglich. Die vorgeschlagene Verfassungsordnung belässt dem Gesetzgeber die Möglichkeit, flexibel auf spätere rechtliche, sachliche oder politische Anpassungserfordernisse reagieren zu können.

2.2. Gesetz über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG)

Vorbemerkungen

Den vorgeschlagenen Regelungen des Verhältniswahlverfahrens nach der Methode des «doppelten Pukelsheim» liegen Erkenntnisse aus dem interkantonalen Vergleich mit Pukelsheim-Kantonen sowie aus Abklärungen bei juristischen und mathematischen Experten zugrunde.

Soweit das Verfahren des «doppelten Pukelsheim» keine speziellen Regeln erfordert, orientieren sich die Verfahrensbestimmungen an jenen des Bundes zu den Nationalratswahlen, welche allen Beteiligten (Wählerschaft, Parteien, Behörden) bis zu einem gewissen Grad vertraut sind und zu denen auch eine klare Praxis besteht (vgl. Art. 21 ff. Bundesgesetz über die politischen Rechte, BPR; SR 161.1).

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand, Geltungsbereich

Abs. 1: Das Grossratswahlgesetz regelt für die Grossratswahlen die Einteilung des Kantons in Wahlkreise und die Zuordnung der Gemeinden zu denselben sowie das Verfahren für die Verteilung der Grossratssitze auf die Wahlkreise. Weiter enthält es die Bestimmungen über das Verfahren der Wahl des Grossen Rates nach dem Verhältniswahlverfahren. Geregelt wird schliesslich auch die Stellvertretung im Grossen Rat.

Abs. 2: Dieser Absatz verweist subsidiär, d.h. für den Fall, dass das Grossratswahlgesetz nichts selber regelt, soweit es Durchführungsfragen betrifft, auf das Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR;

BR 150.100). Es geht hier um organisatorische Belange und Zuständigkeitsfragen. So ergibt sich beispielsweise aus dem GPR, dass die Regierung für die Anordnung der Grossratswahlen zuständig ist (Art. 15 Abs. 1 lit. a GPR), wann in der Regel die Grossratswahlen stattfinden (Art. 16 lit. a GPR) oder, wie die Mitteilung der Ergebnisse von den Gemeinden zum Kanton erfolgt oder wer die Gemeindeergebnisse konsolidiert (Art. 36 und 37 GPR). Solche allgemein geltenden organisatorischen Regelungen finden sich im GPR.

Der zweite, ebenfalls subsidiäre Verweis betrifft Fragen des Verhältniswahlrechts (Proporz). Soweit diesbezüglich das GRWG eine Frage nicht regeln sollte, finden die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR; SR 161.1) zu den Nationalratswahlen sinngemäss Anwendung.

Art. 2 Wahlkreiseinteilung

Abs. 1 und Abs. 2: Die heute im Anhang 1 zum Grossratsgesetz geregelte Einteilung der Kantons in Wahlkreise und die Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen soll im Grundsatz unverändert übernommen werden. Beibehalten werden soll insbesondere auch der Wahlkreis Avers. Das ist vertretbar, weil im Rahmen des «doppelten Pukelsheim» Stimmkraftungleichheiten bis zu einem gewissen Grad ausgeglichen werden, weil bei der Oberzuteilung von den Wählerzahlen ausgegangen wird (vgl. Anina Weber, a.a.O., S. 187). Es wird vorgeschlagen, die Bezeichnung eines Wahlkreises anzupassen: Der bisherige Wahlkreis «Ruis» soll in Wahlkreis «Breil/Brigels» umbenannt werden. Die Gemeinde Ruis als frühere Namensgeberin des Wahlkreises hat mit der Gemeinde Ilanz/Glion fusioniert und gehört mit dieser dem Kreis Ilanz an. Die dem Kreis Ruis zugehörigen früheren Gemeinden Andiast und Waltensburg haben ihrerseits mit der Gemeinde Breil/Brigels fusioniert. Deren Territorium bildet seither den Wahlkreis und soll diesem auch neu den Namen geben.

Abs. 3: Die Regelung der Wahlkreiszugehörigkeit bei Gemeindezusammenschlüssen wird unverändert aus dem Grossratsgesetz (Art. 1 Abs. 3 GRG) übernommen.

Art. 3 Grundlage der Sitzverteilung

Diese Bestimmung wird inhaltlich unverändert aus dem Grossratsgesetz übernommen (vgl. Art. 1 Abs. 1 GRG; BR 170.100).

Art. 4 Verteilungsverfahren

Diese Bestimmung wird inhaltlich unverändert aus dem Grossratsgesetz übernommen (vgl. Art. 2 GRG; BR 170.100). Im Anhang 1 findet sich zur Veranschaulichung eine Sitzverteilung aufgrund der STATPOP-Zahlen vom 31. Dezember 2018, unter Berücksichtigung der Gemeindefusionen per 1. Januar 2021.

Art. 5 Bekanntgabe

Diese Bestimmung wird unverändert aus dem Grossratsgesetz übernommen (vgl. Art. 3 GRG; BR 170.100).

Art. 6 Wahlbeschwerden

Diese Bestimmung wird unverändert aus dem Grossratsgesetz übernommen (vgl. Art. 5 GRG; BR 170.100).

2. Vorbereitung der Wahlen

Art. 7 Aufforderung

Die interessierten Kreise und die Öffentlichkeit sollen frühzeitig auf die Wahl und die Möglichkeit zur Einreichung von Wahlvorschlägen hingewiesen werden. Die Aufforderung soll einheitlich für alle Wahlkreise von der Regierung ausgehen, welche auch den genauen Wahltermin festlegt (vgl. Art. 15 lit. a GPR).

Art. 8 Wahlvorschläge 1. Inhalt

Die Regelung entspricht weitgehend jener des Bundes für die Nationalratswahlen (vgl. Art. 22 BPR; SR 161.1).

Art. 9 2. Bezeichnung

Um die Verwechslungsgefahr für die Wählerschaft gering zu halten, ist auf eine klare Unterscheidbarkeit der Bezeichnungen zu achten.

Art. 10 3. Unterzeichnung

Abs. 1: Das Unterzeichnungsquorum ist auf jenes abgestimmt, das auch für die Majorzwahlen gemäss GPR-Teilrevision 2018 gelten würde. Es ist bewusst tief gehalten, um den Zugang zu den Wahlen nicht übermässig zu erschweren. Es erscheint auch im Vergleich mit den Nationalratswahlen, wo für Graubünden ein Quorum von 100 Stimmberechtigten gilt (Art. 24 BPR; SR 161.1), als angemessen. Das minimale Quorum und die geforderte handschriftliche Unterzeichnung sollen nicht ernsthaften Wahlvorschlägen entgegenwirken.

Abs. 2 und Abs. 3: Analoge Regelungen gelten heute schon für das Anmeldeverfahren bei den Regionalgerichtswahlen und würden gemäss GPR-Teilrevision 2018 auch für das Anmeldeverfahren bei den Majorzwahlen gelten.

Art. 11 4. Einreichung

Abs. 1: Der vorgeschlagene Einreichungstermin zwölf Wochen vor dem Wahltermin ist dem Umfang und der Komplexität des Verfahrens ange-

messen. Das Einreichungs- und Bereinigungsverfahren für die Wahlvorschläge, wie auch die Drucklegung der Wahlzettelbüchlein mit den Listen für 39 Wahlkreise beanspruchen eine gewisse Zeit, so dass die Zeitspanne von zwölf Wochen unbedingt erforderlich ist. Zum Vergleich: Bei den deutlich weniger aufwendigen Nationalratswahlen hat die Einreichung der Wahlvorschläge elf Wochen vor dem Wahltermin zu erfolgen.

Abs. 3: Die Kenntnisgabe der eingereichten Wahlvorschläge durch den Regionalausschuss an die Standeskanzlei hat fortlaufend zu erfolgen. Das ermöglicht der Standeskanzlei die rechtzeitige Prüfung, ob eine vorgeschlagene Person auch noch auf Wahlvorschlägen anderer Wahlkreise steht (siehe auch Art. 13 E-GRWG).

Art. 12 5. Einsichtnahme

Es soll, analog zu den Nationalratswahlen (Art. 26 BPR; SR 161.1), vollständige Transparenz gewährleistet werden.

Art. 13 6. Bereinigung a) Mehrfach Vorgeschlagene

Regelt die Zuständigkeiten und das Vorgehen bei Doppelkandidaturen im Wahlkreis *(Abs. 1)* und wahlkreisübergreifend *(Abs. 2)*. Die Vertretungen der Wahlvorschläge sind vom Regionalausschuss unverzüglich zu informieren. Innerhalb der einwöchigen Bereinigungsfrist können Ersatzkandidaturen eingereicht werden (siehe Art. 14 E-GRWG). Nachdem jede vorgeschlagene Person schriftlich bestätigen muss, dass sie den Wahlvorschlag annimmt, sollten solche Doppelkandidaturen allerdings eine seltene Ausnahme bleiben.

Art. 14 b) Bereinigung und Ersatzvorschläge

Abs. 1: Der zuständige Regionalausschuss hat die eingehenden Wahlvorschläge umgehend hinsichtlich der Einhaltung der aufgeführten Erfordernisse zu prüfen.

Abs. 2: Der Vertretung des Wahlvorschlags ist Gelegenheit zu geben, Fehler zu korrigieren.

Abs. 3: Auch bei Ersatzkandidaturen braucht es das unterschriftliche Einverständnis der betreffenden Personen.

Abs. 4: Unterschiedliche Rechtsfolgen, je nach Natur des Mangels.

Abs. 5: Satz 2 erlaubt es, später aufgedeckte Mehrfachkandidaturen noch zu streichen sowie Listenbezeichnungen mit Blick auf die Listengruppenbildung anzupassen.

Art. 15 Listen

Abs. 1: Zum Listenverbindungsverbot siehe die Ausführungen vorne im Abschnitt «I. Revisionsvorlage, 1. Konzept und Grundzüge, 1.1. Grundsätzliches».

Abs. 2: Mit der rechtzeitigen Übermittlung der bereinigten Wahlvorschläge bzw. Listen an die Standeskanzlei haben die Regionalausschüsse ihre Aufgaben im Rahmen der Vorbereitung der Grossratswahlen abgeschlossen.

Art. 16 Listengruppen

Diese Bestimmung definiert die Listengruppen (siehe Abs. 1, Abs. 2 lit. b und c sowie Abs. 3). Diese setzen sich aus allen Listen in den Wahlkreisen mit gleicher Bezeichnung zusammen. Die Listengruppen werden bei der Oberzuteilung benötigt. Bei dieser werden alle zu verteilenden 120 Sitze gesamtkantonal auf die Listengruppen (politische Parteien) verteilt.

Zudem regelt die Bestimmung das Verfahren für die Meldung und die Bereinigung der Listengruppen und der Bezeichnungen (siehe Abs. 2 lit. a und Abs. 4).

Art. 17 Listennummern

Abs. 1: Listen derselben Listengruppe tragen in allen Wahlkreisen die gleiche Listennummer.

Abs. 2: Die Losziehung erfolgt unter allen ordnungsgemäss gemeldeten Listengruppen (siehe Art. 16 E-GRWG).

Abs. 3: Die Publikation im Kantonsamtsblatt umfasst alle 39 Wahlkreise und alle Listengruppen und Listen. Aus der Publikation geht detailliert hervor, welche Listen mit welchen Bezeichnungen und Nummern und mit welchen Kandidierenden in welchen Wahlkreisen antreten. Sie bildet die Grundlage für den Druck der Wahlzettel für die einzelnen Wahlkreise.

Art. 18 Wahlzettel, Wahlanleitung

Abs. 1: Die Produktion der Wahlzettel für die 39 Wahlkreise ist sehr anspruchsvoll. Für jeden Wahlkreis gilt es, ein spezifisches Wahlzettel-Büchlein mit den Listen des jeweiligen Wahlkreises und in der benötigten Auflage (je nach Anzahl Wahlberechtigte des Wahlkreises) anzufertigen. Der ganze Prozess ist auch zeitkritisch. Es erscheint deshalb erforderlich, dass die Produktion zentral von der Standeskanzlei betreut wird.

Abs. 2: Das Wählen im Proporzverfahren ist für die Wählenden komplexer als bei Majorzwahlen. Deshalb soll der Wählerschaft, wie bei den Nationalratswahlen, mit den Wahlzetteln auch eine kurze, allgemeine Wahlanleitung abgegeben werden. Diese ist von der Standeskanzlei zu erstellen und zu produzieren. Wahlzettel-Büchlein und Wahlanleitung werden den Gemeinden von der Standeskanzlei für den Versand an die Wahlberechtigten in der benötigten Menge zur Verfügung gestellt.

3. Wahlakt

Art. 19 Ausübung des Wahlrechts

Abs. 2: Wählbar sind nur Personen, die für den betreffenden Wahlkreis gültig vorgeschlagen wurden.

Art. 20 Ausfüllen des Wahlzettels

Analoge Regelungen wie bei den Nationalratswahlen (vgl. Art. 35 BPR; SR 161.1).

Abs. 3: In den Einerwahlkreisen entfällt die Möglichkeit des Kumulierens.

Art. 21 Ungültige Wahlzettel und Kandidatenstimmen

Abs. 1: Regelt Fälle, bei welchen der ganze Wahlzettel ungültig wird.

Abs. 2: Regelt Fälle, wo einzelne Stimmen für Kandidierende ungültig werden.

Abs. 3: Analoge Streichungsregeln, die auch für die Nationalratswahlen gelten (vgl. Art. 38 Abs. 3 BPR; SR 161.1).

4. Ermittlung der Ergebnisse

Art. 22: Kandidaten- und Parteistimmen

Jede Kandidatenstimme ist zugleich eine Parteistimme. Als Parteistimmen hinzu kommen die Zusatzstimmen (= leere Linien auf Wahlzetteln mit Bezeichnung und/oder Ordnungsnummer) gemäss Art. 23 E-GRWG.

Art. 23 Zusatzstimmen

Analoge Regelungen wie bei den Nationalratswahlen (vgl. Art. 37 Abs. 1, Abs. 3 und Abs. 4 BPR; SR 161.1).

Art. 24 Zusammenstellung der Ergebnisse

Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3: Die Gemeindewahlbüros haben die vorgegebenen Werte zu ermitteln und unverzüglich der Standeskanzlei zu übermitteln. Das wird analog zu den Nationalratswahlen mittels einer elektronischen Wahllösung zu erfolgen haben.

Abs. 4: Zudem haben die kommunalen Wahlbüros die Ergebnisse schriftlich in einem Protokoll festzuhalten.

Art. 25 Sitzverteilung 1. Allgemeines

Abs. 1: Hier wird das doppelproportionale Sitzzuteilungsverfahren («doppelter Pukelsheim») als massgebliches Verfahren für die Sitzverteilung bei

den Grossratswahlen festgelegt. Dieses Sitzzuteilungsverfahren zeichnet sich durch folgende Eigenheiten aus:

Der «doppelte Pukelsheim» garantiert ein Doppelmass an Proportionalität. Die Sitze werden so zugeteilt, dass einerseits die Parteien über das ganze Kantonsgebiet proportional zu ihren Wähleranteilen Sitze erhalten (Oberzuteilung) und andererseits die Wahlkreise proportional zu den Bevölkerungszahlen repräsentiert werden (Unterzuteilung). Die Erfolgswertgleichheit wird wahlkreisübergreifend (kantonal) in hohem Masse verwirklicht. Auch die Stimmkraftgleichheit wird gewahrt[6], weil bei der Oberzuteilung von den Wählerzahlen ausgegangen wird. Dank der Oberzuteilung wird überdies das Problem der aufgrund kleiner Wahlkreise oftmals zu hohen natürlichen Quoren eliminiert. Die Zahl der gewichtslosen Stimmen kann massiv gesenkt werden. Die Wahlkreise können bei dieser Methode unverändert beibehalten werden. Der «doppelte Pukelsheim» bevorzugt dank Standardrundung weder grosse noch kleine Gruppierungen. Jede Gruppierung kann einen Sitzanteil erwarten, der ihrem Wähleranteil entspricht.

Innerhalb eines Wahlkreises kann die Methode allerdings keine direkte Proportionalität garantieren. Die hohe Abbildungsgenauigkeit besteht nur auf der Ebene des gesamten Wahlgebiets (Kanton). Es ist deshalb in Einzelfällen möglich, dass in einem Wahlkreis eine Gruppierung einen Sitz erreicht, obwohl sie in diesem Wahlkreis weniger Stimmen gewonnen hat als andere Gruppierungen (sog. gegenläufige Sitzverteilung). Dies erscheint insbesondere in Einerwahlkreisen als problematisch. Durch die Einführung einer Majorzbedingung, wonach in jedem Wahlkreis die stimmenstärkste Liste mindestens einen Sitz macht, kann in Einerwahlkreisen eine gegenläufige Sitzverteilung verhindert werden. Zweifellos sind die für das Verfahren notwendigen Rechenschritte komplizierter als etwa beim Verfahren der Nationalratswahlen (Methode Hagenbach-Bischoff), insbesondere braucht es ein Computerprogramm um das Ergebnis zeitnah zu ermitteln. Eine Nachprüfung ist dann aber mit einem Taschenrechner relativ einfach möglich (vgl. zu alledem Anina Weber, a.a.O., S. 187 ff. mit weiteren Hinweisen).

Abs. 2: Die Sitzverteilung hat zentral durch die Standeskanzlei als kantonales Wahlbüro unter Zuhilfenahme eines Computerprogramms zu erfolgen.

Art. 26 2. Listengruppen, Quorum

Für die Begründung der Statuierung eines gesetzlichen Quorums von 3 Prozent Wähleranteil im Kanton, den eine Listengruppe (Partei) erreichen muss, um an der Sitzverteilung teilnehmen zu können, siehe die Ausführun-

[6] Abgesehen von den durch die Sitzgarantie bewusst bewirkten Abweichungen (jeder Wahlkreis erhält bei der Sitzverteilung auf die Wahlkreise mindestens einen Sitz, siehe Art. 4 E-GRWG).

gen vorne unter Abschnitt «I. Revisionsvorlage, 1. Konzept und Grundzüge, 1.1. Grundsätzliches».

Art. 27 3. Oberzuteilung auf die Listengruppen

Abs. 1: Bei der Oberzuteilung werden alle im Wahlgebiet (Kanton) zu verteilenden (120) Sitze auf die Listengruppen gemäss deren gesamtkantonaler Wählerstärke verteilt. Dazu müssen die Listen mit gleichen Listenbezeichnungen aus verschiedenen Wahlkreisen zu Listengruppen zusammengeführt werden. Dabei müssen die Stimmenzahlen der Listen gewichtet werden, damit die Wählenden aller Wahlkreise, unabhängig von der Wahlkreisgrösse, den gleichen Einfluss auf die Sitzverteilung haben. Zu diesem Zweck werden die auf die einzelnen Listen entfallenen Parteistimmen durch die in dem jeweiligen Wahlkreis zu vergebenden Sitze geteilt. Das Ergebnis ist die sog. Wählerzahl der Liste, d.h. die Anzahl Wählende, die in jedem Wahlkreis hinter einer Liste stehen.

Abs. 2: Die gemäss Absatz 1 ermittelten Wählerzahlen der Listen aus den einzelnen Wahlkreisen werden nun für jede Listengruppe zusammengezählt. In der Folge werden die Wählerzahlen der Listengruppen durch den Kantonswahlschlüssel geteilt und zur nächstgelegenen ganzen Zahl gerundet. Damit steht fest, wie viele Sitze eine Listengruppe (Partei) im ganzen Wahlgebiet erhält.

Abs. 3: Die Standeskanzlei als kantonales Wahlbüro ist zuständig für die Berechnung des Kantonswahlschlüssels. Für eine erste Annäherung wird die Summe der Wählerzahlen aller Listengruppen durch die Anzahl Sitze im Grossen Rat geteilt. Führt dieses Resultat nicht zu einem Schlüssel, mit dem alle Sitze im Grossen Rat verteilt werden können, wird das Ergebnis nach oben oder unten korrigiert, so dass beim Vorgehen nach Absatz 2 genau 120 Sitze verteilt werden. Diese Berechnung erfolgt durch ein entsprechendes Computerprogramm.

Abs. 4: In seltenen Fällen kann es zu gleichwertigen Rundungsmöglichkeiten kommen. Deshalb ist, wie in anderen Kantonen, die Möglichkeit eines Losentscheids vorzusehen, den im Rahmen der Sitzverteilung die Standeskanzlei zu treffen hat.

Art. 28 4. Unterzuteilung auf die Listen

Abs. 1: Bei der Unterzuteilung geht es darum, die den Listengruppen in der Oberzuteilung zugewiesenen Sitze auf die einzelnen Listen der jeweiligen Listengruppe und auf die Wahlkreise zu verteilen. Hier kommt die doppelproportionale Divisormethode mit Standardrundung zum Einsatz. Die Parteistimmenzahl einer Liste eines bestimmten Wahlkreises wird durch den entsprechenden Wahlkreis-Divisor und durch den betreffenden Listengruppen-Divisor geteilt und standardmässig zur nächsten ganzen Zahl ge-

rundet. Das Ergebnis bezeichnet die Anzahl der Sitze, die einer bestimmten Liste im Wahlkreis zustehen.

Abs. 2: Hier wird die sogenannte Majorzbedingung statuiert. Wegen der grossen Abbildungsgenauigkeit der Sitzverteilung auf der Ebene des gesamten Wahlgebiets (Kanton) kann es bei der Unterzuteilung zu leichten Verzerrungen zwischen den Wahlkreisen kommen. Es ist möglich, dass in einem Wahlkreis eine kleinere Partei dank Stimmen aus anderen Wahlkreisen einen Sitz erreicht, obwohl sie weniger Stimmen gewonnen hat als andere Parteien in diesem Wahlkreis (sogenannte gegenläufige Sitzverteilung). Solche gegenläufigen Sitzverteilungen sind besonders in Einerwahlkreisen aus Akzeptanzgründen problematisch. Mit einer Majorzbedingung kann verhindert werden, dass es in einem Einerwahlkreis zu einer gegenläufigen Sitzverteilung kommen kann. Sie wird in das doppelproportionale Sitzzuteilungsverfahren eingebettet. Konkret wird bei der Festlegung der Unterzuteilung eine «Majorzbedingung» hinzugefügt, wonach in jedem Wahlkreis die stimmenstärkste Liste (Partei) mindestens einen Sitz bekommt. Dies wird erreicht, indem in jedem Wahlkreis bei der stimmenstärksten Liste (Partei) der Quotient aus Parteistimmen und Wahlkreis- und Listengruppendivisoren auch dann aufgerundet wird, wenn er unter 0,5 liegt. Die Majorzbedingung bewirkt, dass in einem Einerwahlkreis der eine Sitz zwingend an die stärkste Liste (Partei) geht. Die Majorzbedingung beeinflusst also, in welchen Wahlkreisen eine Listengruppe ihre Sitze erhält. Sie kann unter Umständen eine wahlkreisbezogene Umordnung der Sitze gegenüber einer Unterverteilung ohne Majorzbedingung zur Folge haben: die Listengruppe bekommt den Sitz im Einerwahlkreis und dafür nicht in einem anderen Wahlkreis.

Abs. 3: Die Majorzbedingung kann nur soweit zur Anwendung kommen, als die Bedingungen gemäss Absatz 4 respektiert werden, nämlich: jeder Wahlkreis muss die ihm zugewiesene Anzahl von Sitzen erhalten (lit. a) und jede Listengruppe muss die Anzahl Sitze bekommen, die ihr gesamtkantonal aufgrund der Oberzuteilung zusteht (lit. b). Sollte also beispielsweise die stimmenstärkste Liste (Partei) eines Wahlkreises gemäss Oberzuteilung keinen Sitz im Kanton zugute haben, wird die Majorzbedingung nicht angewendet. Die Bedingungen nach Absatz 4 müssen auch in Fällen eingehalten werden können, wo es mehrere gleichwertige Lösungen für die dafür notwendige Nichtanwendung der Majorzbedingung gibt. So kann etwa eine Listengruppe (Partei) in mehr Wahlkreisen die stimmenstärkste Liste haben als sie Sitze in der Oberzuteilung erhalten hat, oder ein Wahlkreis kann (bei exakt gleicher Stimmenzahl mehrerer Listen) mehr stimmenstärkste Listen haben als Sitze. Absatz 3 sieht für solche Fälle die Losziehung als Konfliktregel vor. Solche Konstellationen werden allerdings höchst selten eintreten, aber es braucht für diese Fälle eine Regel, damit eine Unterzuteilung unter Einhaltung der Bedingungen gemäss Absatz 4 berechnet werden kann.

Abs. 4: Die Wahlkreis-Divisoren und die Listengruppen-Divisoren lassen sich mathematisch nicht direkt herleiten, sondern werden von einem Computerprogramm in mehreren Schritten gemäss gängiger Annäherungsmethode (wiederholte Rechengänge) ermittelt. Im Resultat muss beim Vorgehen nach Absatz 1 sichergestellt sein, dass a) jeder Wahlkreis die ihm zugewiesene Anzahl von Sitzen erhält, und b) jede Listengruppe die Anzahl Sitze bekommt, die ihr gesamtkantonal aufgrund der Oberzuteilung zusteht. Listengruppen und Wahlkreisdivisor werden durch einen iterativen Prozess maschinell ermittelt, indem abwechselnd die Wahlkreis- und Listengruppendivisoren gefunden bzw. verändert werden, bis sowohl Bedingung a) als auch Bedingung b) erfüllt sind:

Am Anfang werden dazu alle Listengruppendivisoren auf 1 gesetzt. Als nächstes werden die Wahlkreisdivisoren gesucht, so dass die Bedingung a) erfüllt ist. Falls zugleich auch die Bedingung b) erfüllt ist, ist die Unterzuteilung beendet. Ansonsten werden die Listengruppendivisoren mit einem neuen Wert, der Bedingung b) erfüllt, angepasst und erneut nach Wahlkreisdivisoren gesucht, die Bedingung a) erfüllen. Dieses Vorgehen wird so lange wiederholt bis beide Bedingungen erfüllt sind.

Abs. 5: In seltenen Fällen kann es zu gleichwertigen Rundungsmöglichkeiten kommen. Deshalb ist, wie in anderen Kantonen, die Möglichkeit eines Losentscheids vorzusehen, den im Rahmen der Sitzverteilung die Standeskanzlei vorzunehmen hat.

Art. 29 5. Ermittlung der Gewählten und der Ersatzleute

Der letzte Schritt der Sitzzuteilung besteht in der Sitzverteilung innerhalb der Listen. Die Regelung entspricht jener für die Nationalratswahlen (vgl. Art. 43 BPR; SR 161.1).

Art. 30 6. Überzählige Sitze

Diese Regelung entspricht jener für die Nationalratswahlen (vgl. Art. 44 BPR; SR 161.1).

Art. 31 Nachrücken

Diese Regelung entspricht jener für die Nationalratswahlen (vgl. Art. 55 BPR; SR 161.1).

Art. 32 Ergänzungswahl

Diese Regelung entspricht jener für die Nationalratswahlen (vgl. Art. 56 BPR; SR 161.1).

In Absatz 4 sind die Regeln für den Fall bestimmt, dass in einem Wahlkreis das Verhältniswahlverfahren zur Anwendung gelangt, weil mehr als ein Sitz zu besetzen ist.

Art. 33 Temporäre Stellvertretung

Wie heute soll auch künftig eine temporäre Stellvertretung möglich sein. Zur Bestimmung der temporären Stellvertretung sollen primär die Regeln über das Nachrücken gemäss Art. 32 E-GRWG sinngemäss gelten. Die temporäre Stellvertretung erfolgt insoweit innerhalb der Liste, welche eine Vakanz zu verzeichnen hat.

Es können sich nun allerdings Situationen ergeben, wo eine temporäre Stellvertretung durch Nachrücken innerhalb der Liste, bei der die Vakanz eingetreten ist, nicht möglich ist. Das ist systembedingt insbesondere in Einerwahlkreisen der Fall. Aber auch in Mehrsitzwahlkreisen ist es denkbar, dass eine Liste bei einer Vakanz keine bzw. nicht genügend Ersatzpersonen zur Verfügung hat. In solchen Fällen soll mit der Regelung, dass Personen auf anderen Listen, in der Reihenfolge der erzielten Wahlergebnisse, als Ersatzpersonen einsitzen, trotzdem eine möglichst vollständige Vertretung des Wahlkreises sichergestellt werden.

5. Fremdänderungen

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100):

Art. 1 Abs. 1bis Geltungsbereich

Die Verhältniswahl des Grossen Rates regelt das Grossratswahlgesetz. Dies ist durch einen entsprechenden Vorbehalt im GPR deutlich zu machen.

Art. 2 Abs. 2 Begriffe

Anpassung des Verweises: neu ist auf das Grossratswahlgesetz zu verweisen, weil dort (Art. 2 und Anhang 1) die Wahlkreise festgelegt werden.

Art. 8 Abs. 1 Abstimmungsort, Abstimmungstag und Abstimmungsart

Die Möglichkeit für die Regionen, die Durchführung von Grossratswahlen an der Landsgemeinde vorzusehen (zweiter Satz), ist aufzuheben. Landsgemeinden werden heute keine mehr durchgeführt und auch von keiner Region als Möglichkeit in ihren Statuten vorgesehen.

Art. 36 Abs. 1 und Abs. 3 Meldung der Ergebnisse

Anpassung der Meldeverfahren an die neue Zuständigkeitsordnung bei der Ergebnisermittlung: Die Gemeinden haben die kommunalen Teilergebnisse der Standeskanzlei zu übermitteln. Die Meldepflichten der Regionalausschüsse entfallen gänzlich.

Art. 37 Abs. 1 und Abs. 2 Zusammenfassung der Ergebnisse
Neue Zuständigkeitsordnung: Die Standeskanzlei konsolidiert die Ergebnisse der Wahlkreise.

Art. 42 Abs. 1 Veröffentlichung 1. Vorläufiges Ergebnis
Anpassung der Zuständigkeit: neu Standeskanzlei verantwortlich.

Art. 43 Abs. 2 und Abs. 3 2. Nachzählung
Anpassung der Zuständigkeit: neu entscheidet die Regierung.

Art. 44 Abs. 1 und Abs. 2 3. Konsolidiertes Ergebnis
Anpassung der Zuständigkeit: neu Standeskanzlei verantwortlich.

Art. 45 Abs. 1 Erwahrung
Neue Zuständigkeit: der Grosse Rat erwahrt Ergebnisse der Grossratswahlen.

Art. 46 Abs. 1 Annahme der Wahl
Anpassung der Zuständigkeit: Mitteilung der Ablehnung der Wahl geht neu an Regierung.

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BR 170.100):

Art. 1 bis Art. 5: Diese Bestimmungen im Grossratsgesetz sollen ins neue Grossratswahlgesetz übernommen werden und sind entsprechend im GRG aufzuheben. Ebenso der Anhang 1 mit der Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen. Diese Zuordnung erfolgt neu in Anhang 1 zum Grossratswahlgesetz.

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100) – Teilrevision vom 12. Februar 2018

Art. 19b Abs. 1 Erneuerungswahlen 1. Aufforderung
Die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen bei Grossratswahlen ist neu abschliessend im GRWG geregelt.

Art. 19e Abs. 1 Einreichung
Die Einreichung von Wahlvorschlägen bei Grossratswahlen ist neu abschliessend im GRWG geregelt.

II. Organisatorische, finanzielle und personelle Auswirkungen

Grossratswahlen nach dem Verhältniswahlverfahren, und insbesondere nach der Methode des «doppelten Pukelsheim», sind für alle Beteiligten administrativ deutlich aufwendiger als nach dem bisherigen Majorzwahlverfahren. Wie bereits vorne im Abschnitt «I. Revisionsvorlage, 1. Konzept und Grundzüge, 1.1. Grundsätzliches» ausgeführt, ist eine grundlegende Neuorganisation hinsichtlich Verfahren und Zuständigkeiten erforderlich. Beim Kanton wird die Standeskanzlei als kantonales Wahlbüro mit der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen wesentlich befasst. Die Regionalausschüsse wirken noch beim Verfahren zur Einreichung der Wahlvorschläge in den von ihnen betreuten Wahlkreisen mit. Mit der Ergebnisermittlung und Veröffentlichung haben sie nichts mehr zu tun. Zuständig bleiben sie für die administrative Abwicklung von Fällen von temporären Stellvertretungen. Den Gemeinden obliegen die Zustellung der Wahlunterlagen (Wahlzettel, Wahlanleitung, Stimmrechtsausweis) an die Stimmberechtigten und die Auszählung (Bereinigung der Wahlzettel und Erfassung der Stimmen) sowie die Übermittlung der Gemeindeergebnisse an die Standeskanzlei. Für die Erfassung und Übermittlung wird der Kanton den Gemeinden eine elektronische Wahllösung zur Verfügung stellen und unterhalten. Der Aufwand für die Instruktion und die Betreuung der Regionen und der Gemeinden bei der Vorbereitung und bei der Durchführung der Wahl wird für die Standeskanzlei deutlich grösser werden. Kantonsseitig einen erheblichen zusätzlichen Aufwand wird die Produktion der Wahlzettel-Büchlein für die 39 Wahlkreise und der Wahlanleitung für die Wahlberechtigten mit sich bringen. Die Höhe des Sachaufwands ist u.a. abhängig von der Anzahl Listen, welche in den 39 Wahlkreisen zur Wahl antreten und vom Umfang der Wahlanleitung. In Anlehnung an die Nationalratswahlen ist diesbezüglich mit Sachkosten in der Höhe von gegen 100 000 Franken zu rechnen.

Die personelle Beanspruchung der Standeskanzlei dürfte für die Grossratswahlen künftig noch etwas höher liegen als bei den ebenfalls arbeitsintensiven Nationalratswahlen. Deutlich zeitaufwendiger werden die Wahlen in der Vorbereitung und Durchführung auch für die Gemeinden und für die zuständigen Regionen. Wie beim Kanton sollte aber auch hier der nur alle vier Jahre auftretende Zusatzaufwand tragbar und im Rahmen der bisherigen Personalressourcen zu bewältigen sein.

III. Gute Gesetzgebung

Die Grundsätze der «Guten Gesetzgebung» gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben (RB vom 16. November 2010, Prot. Nr. 1070) werden mit der Revisionsvorlage beachtet. Regelungen zum Wahlverfahren im Allgemeinen und zum Verhältniswahlverfahren im Besonderen erfordern aus Gründen der Klarheit und Rechtssicherheit eine relativ hohe Normdichte und -bestimmtheit.

IV. Schlussbemerkungen

Die Regierung hatte im Vernehmlassungsbericht vom 17. März 2020 eingehend dargelegt, warum ihrer Ansicht nach das Modell C den vom Grossen Rat für das künftige Wahlsystem gesetzten Vorgaben am besten entspricht (vgl. Bericht zur Anpassung des Wahlsystems für den Grossen Rat, S. 46 und S. 50 f.). Das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens zeigte dann aber bekanntlich nicht die erforderliche breite Unterstützung für das von der Regierung favorisierte Modell C. Aufgrund der aus dem Vernehmlassungsergebnis erkennbaren realpolitischen Gegebenheiten und in Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat, der über die Ausgestaltung des Wahlsystems (vor-) entscheidet, präsentierte die Regierung mit der Botschaft vom 24. August 2020 eine Vorlage zur Umsetzung des Wahlsystem-Modells E. An der bisherigen Einschätzung der Regierung des Modells C als «Kompromissmodell», das die Möglichkeit böte, eine lange politische Diskussion um das richtige Wahlsystem für den Grossen Rat zu beenden und stabile institutionellen Verhältnisse zu schaffen, hat sich nichts geändert. Das Verfahren befindet sich jetzt allerdings in der parlamentarischen Phase und es ist entsprechend Sache des Grossen Rats den Weg zu einer im Rat und dann auch vor dem Souverän mehrheitsfähigen Wahlsystemvorlage zu finden. Die Regierung wird sich in diesen Prozess offen und konstruktiv einbringen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Standespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Rathgeb*
Der Kanzleidirektor: *Spadin*

Verteilung der Grossratsmandate auf 39 Kreise

Anhang 1

Basis: Bilanz ständige schweizerische Wohnbevölkerung 2018 (31.12); Gemeindestand 1. Januar 2021
System: Bruchzahlverfahren

Kreis	Ständige Wohnbevölkerung	1. Vorweg-verteilung	2. Vorweg-teilung	3. Vorweg-teilung	Hauptverteilung		Restver-teilung		Sitze Total
					Basiszahl	Sitze	Rest-zahlen	Restsitze	
Alvaschein	3252	0	0	0	3252	2	462		2
Avers	159	1			0	0	0		1
Belfort	645	1			0	0	0		1
Bergün	745	1			0	0	0		1
Bregaglia	1335	1			0	0	0		1
Breil/Brigels	1618	0	0	0	1618	1	223		1
Brusio	967	1			0	0	0		1
Calanca	708	1			0	0	0		1
Chur	29581	0	0	0	29581	21	286		21
Churwalden	1856	0	0	0	1856	1	461		1
Davos	7945	0	0	0	7945	5	970	1	6
Disentis	5343	0	0	0	5343	3	1158	1	4
Domleschg	4100	0	0	0	4100	2	1310	1	3
Fünf Dörfer	15154	0	0	0	15154	10	1204	1	11
Ilanz	8180	0	0	0	8180	5	1205	1	6
Jenaz	1834	0	0	0	1834	1	439		1
Klosters	3568	0	0	0	3568	2	778	1	3
Küblis	907	1			0	0	0		1
Lugnez	2688	0	0	0	2688	1	1293	1	2
Luzein	1458	0	0	0	1458	1	63		1
Maienfeld	6310	0	0	0	6310	4	730	1	5
Mesocco	1989	0	0	0	1989	1	594		1
Oberengadin	11401	0	0	0	11401	8	241		8
Poschiavo	3225	0	0	0	3225	2	435		2
Ramosch	1398	0	0	0	1398	1	3		1
Rhäzüns	10335	0	0	0	10335	7	570		7
Rheinwald	633	1			0	0	0		1
Roveredo	3941	0	0	0	3941	2	1151	1	3
Safien	860	1			0	0	0		1
Schams	1573	0	0	0	1573	1	178		1
Schanfigg	2392	0	0	0	2392	1	997	1	2
Schiers	4154	0	0	0	4154	2	1364	1	3
Seewis	1200	1			0	0	0		1
Suot Tasna	3638	0	0	0	3638	2	848	1	3
Sur Tasna	1236	1			0	0	0		1
Surses	1990	0	0	0	1990	1	595		1
Thusis	4992	0	0	0	4992	3	807	1	4
Trins	6726	0	0	0	6726	4	1146	1	5
Val Müstair	1361	0	1		0	0	0		1
Total 1	161397	11	1	0	150641	94	19511	14	120
Total 2		152002							
Total 3			150641						

1. Verteilzahl: Total 1 / 120 aufgerundet auf nächsthöhere ganze Zahl	1344.98
aufgerundet	1'345

2. Verteilzahl: Total 2 / restliche Sitze (120-11=109) aufgerundet auf nächsthöhere ganze Zahl	1394.51
aufgerundet	1'395

3. Verteilzahl: Total 3/ restliche Sitze 109-1=108) aufgerundet auf nächsthöhere ganze Zahl	1394.82
aufgerundet	1'395

Oberzuteilung und Unterzuteilung nach der Methode "doppelter Pukelsheim" - einfaches Beispiel mit drei Wahlkreisen

Ausgangslage

Nachfolgend wird von einem Modellkanton mit **drei Wahlkreisen** und einem Parlament mit **neun Sitzen** ausgegangen. Weiter wird angenommen, dass auf den Wahlkreis 1 (WK 1) zwei Sitze, auf den Wahlkreis 2 (WK 2) drei Sitze und auf den Wahlkreis 3 (WK 3) vier Sitze zu vergeben sind. In allen drei Wahlkreisen sind die drei Parteien X, Y und Z mit eigenen Listen angetreten. Es gibt somit drei Listengruppen mit je drei Listen. Es besteht ein gesetzliches Quorum bezogen auf den gesamten Kanton von 3 Prozent.

1. Oberzuteilung auf die Listengruppen

Bei der Oberzuteilung werden alle im Wahlgebiet zu verteilenden Sitze gesamtkantonal auf die Listengruppen verteilt. Listen mit gleichen Bezeichnungen aus verschiedenen Wahlkreisen werden zu Listengruppen zusammengeführt.

Damit die Wählenden aller Wahlkreise, unabhängig von der jeweiligen Grösse der Wahlkreise, den gleichen Einfluss auf die Sitzverteilung haben, müssen zuerst die **Wählerzahlen** ermittelt werden. Die Wählerzahl ergibt sich aus der Zahl der Parteistimmen[1] einer Liste dividiert durch die dem jeweiligen Wahlkreis zugeteilten Sitze. Diese Operation wird für jeden Wahlkreis durchgeführt. Anschliessend werden die Wählerzahlen der Listengruppen durch Zusammenzählen der Wählerzahlen ihrer einzelnen Listen der Wahlkreise errechnet.

Die nachfolgende Tabelle illustriert diesen Schritt für das angenommene Beispiel.

	Listengruppe (Partei) X		**Listengruppe (Partei) Y**		**Listengruppe (Partei) Z**	
	Parteistimmen	*Wählerzahl*	Parteistimmen	*Wählerzahl*	Parteistimmen	*Wählerzahl*
Wahlkreis 1 (2 Sitze)	12	6	8	4	2	1
Wahlkreis 2 (3 Sitze)	24	8	9	3	15	5
Wahlkreis 3 (4 Sitze)	40	10	40	10	12	3
Total Wählerzahlen der Listengruppen		24		17		9

[1] Die Parteistimmen ergeben sich aus der Summe der Kandidaten- und der Zusatzstimmen (leere Linien) eines Wahlzettels (vgl. Art. 22 und 23 E-GRWG).

Danach geht es mit folgenden Schritten weiter:

a) Prüfung, ob Listengruppen das gesetzliche Quorum erreichen

Eine Listengruppe nimmt an der Sitzverteilung nur teil, wenn ihre Listen eine Wählerzahl erreichen, die gesamtkantonal einem Wähleranteil von mindestens 3 Prozent entspricht.

Vorliegend haben alle Listengruppen das notwendige Quorum von 3 Prozent erreicht:

- Listengruppe (Partei) X:	Wählerzahl 24	→	48 % Wähleranteil
- Listengruppe (Partei) Y:	Wählerzahl 17	→	34 % Wähleranteil
- Listengruppe (Partei) Z:	Wählerzahl 9	→	18 % Wähleranteil
Total	Wählerzahl 50		100 %

b) Festlegung des Sitzanspruchs der Listengruppen (Parteien)

Dazu sind die Wählerzahlen der einzelnen Listengruppen durch einen Kantonswahlschlüssel zu teilen und standardmässig zu runden.

Der Kantonswahlschlüssel ist so festzulegen, dass (alle) neun Parlamentssitze vergeben werden. Der Kantonswahlschlüssel wird vorliegend wie folgt ermittelt:

→ *Total aller Wählerzahlen im Kanton (50) dividiert durch Anzahl Sitze (9) = 5.6*

Das ergibt folgende Sitzverteilung auf die Listengruppen:

- **Listengruppe (Partei) X**
  Wählerzahl (24) : Kantonswahlschlüssel (5.6) = 4.29 → abgerundet: 4 Sitze
- **Listengruppe (Partei) Y**
  Wählerzahl (17) : Kantonswahlschlüssel (5.6) = 3.04 → abgerundet: 3 Sitze
- **Listengruppe (Partei) Z**
  Wählerzahl (9) : Kantonswahlschlüssel (5.6) = 1.61 → aufgerundet: 2 Sitze

Total Parlamentssitze 9 Sitze

2. Unterzuteilung auf die Listen der Wahlkreise

Bei der Unterzuteilung geht es darum, für jede Listengruppe die erhaltenen Sitze aus der Oberzuteilung auf die Wahlkreis-Listen und die Wahlkreise zu verteilen.

Ausgangslage vor der Unterzuteilung:

Listengruppen mit Sitzanspruch aus Oberzuteilung	**Listengruppe (Partei) X** 4 Sitze	**Listengruppe (Partei) Y** 3 Sitze	**Listengruppe (Partei) Z** 2 Sitze
Wahlkreis 1 2 Sitze	?	?	?
Wahlkreis 2 3 Sitze	?	?	?
Wahlkreis 3 4 Sitze	?	?	?

Für die Unterzuteilung kommt die **doppelproportionale Divisormethode mit Standardrundung ("doppelter Pukelsheim")** zum Einsatz. Der jeweilige Sitzanspruch lässt sich wie folgt ermitteln:

Die Parteistimmenzahl einer Liste wird durch den betreffenden Listengruppendivisor (LgD) und den entsprechenden Wahlkreisdivisor (WkD) geteilt.

Die beiden Divisoren müssen so gewählt sein, dass folgende Bedingungen erfüllt sind:

- A) in jedem Wahlkreis müssen so viele Sitze vergeben werden, wie ihm gemäss Sitzzuteilung zustehen, und
- B) jede Listengruppe muss so viele Sitze erhalten, wie ihr gemäss Oberzuteilung zustehen.[2]

Auf das Beispiel übertragen bedeutet das, dass

- A) im Wahlkreis 1 zwei Sitze, im Wahlkreis 2 drei Sitze und im Wahlkreis 3 vier Sitze verteilt sein müssen (gemäss Sitzzuteilung), und
- B) die Listengruppe (Partei) X insgesamt 4 Sitze, die Listengruppe (Partei) Y insgesamt 3 Sitze und die Listengruppe (Partei) Z insgesamt 2 Sitze erhalten müssen (gemäss Oberzuteilung).

[2] Listengruppen- und Wahlkreisdivisor werden durch einen iterativen Prozess maschinell ermittelt, indem abwechselnd die Wahlkreis- und Listengruppendivisoren gefunden bzw. verändert werden, bis sowohl Bedingung A und Bedingung B erfüllt sind: Am Anfang werden alle Listengruppendivisoren auf 1 gesetzt. Als nächstes werden die Wahlkreisdivisoren gesucht, so dass die Bedingung A erfüllt ist. Falls zugleich auch die Bedingung B erfüllt ist, ist die Unterzuteilung beendet. Ansonsten werden die Listengruppendivisoren mit einem neuen Wert, der Bedingung B erfüllt, angepasst und erneut nach Wahlkreisdivisoren gesucht, die Bedingung A erfüllen. Dieses Vorgehen wird so lange wiederholt bis beide Bedingungen erfüllt sind.

Berechnung des Sitzanspruchs der einzelnen Listen pro Wahlkreis für unser Beispiel:

Listengruppe (Partei) X: 4 Sitze		WkD		LgD	Sitze		
Liste X in WK1	12 Parteienstimmen	: 11	:	1.05	= 1.03	→ abgerundet:	1
Liste X in WK2	24 Parteienstimmen	: 15.7	:	1.05	= 1.46	→ abgerundet:	1
Liste X in WK3	40 Parteienstimmen	: 23.5	:	1.05	= 1.62	→ aufgerundet:	2
							4

Listengruppe (Partei) Y: 3 Sitze		WkD		LgD	Sitze		
Liste Y in WK1	8 Parteienstimmen	: 11	:	1.14	= 0.64	→ aufgerundet:	1
Liste Y in WK2	9 Parteienstimmen	: 15.7	:	1.14	= 0.50	→ aufgerundet:	1
Liste Y in WK3	40 Parteienstimmen	: 23.5	:	1.14	= 1.49	→ abgerundet:	1
							3

Listengruppe (Partei) Z: 2 Sitze		WkD		LgD	Sitze		
Liste Z in WK1	2 Parteienstimmen	: 11	:	1	= 0.18	→ abgerundet:	0
Liste Z in WK2	15 Parteienstimmen	: 15.7	:	1	= 0.96	→ aufgerundet:	1
Liste Z in WK3	12 Parteienstimmen	: 23.5	:	1	= 0.51	→ aufgerundet:	1
							2

Übersicht über die Unterzuteilung (Sitzverteilung auf einzelne Wahlkreis-Listen und Wahlkreise):

Parteistimmen/Sitze	**Listengruppe (Partei) X** 4 Sitze	**Listengruppe (Partei) Y** 3 Sitze	**Listengruppe (Partei) Z** 2 Sitze	Wahlkreisdivisor
Wahlkreis 1 2 Sitze	12 Parteistimmen/ 1 Sitz	8 Parteistimmen/ 1 Sitz	2 Parteistimmen/ 0 Sitze	11
Wahlkreis 2 3 Sitze	24 Parteistimmen/ 1 Sitz	9 Parteistimmen/ 1 Sitz	15 Parteistimmen/ 1 Sitz	15.7
Wahlkreis 3 4 Sitze	40 Parteistimmen/ 2 Sitze	40 Parteistimmen 1 Sitz	12 Parteistimmen/ 1 Sitz	23.5
Listengruppendivisor	1.05	1.14	1	

Keine Rolle spielt in diesem Beispiel die Majorzbedingung, weil jeweils die stimmenstärksten Listen in allen drei Wahlkreisen einen Sitz erhalten hat.

(Quellen: Christian Schumacher, Sitzverteilung bei Parlamentswahlen nach dem neuen Zürcher Zuteilungsverfahren, Direktion der Justiz und des Inneren des Kantons Zürich, Zürich 2005; Anhang zum Bericht und Antrag des Regierungsrates des Kantons Zug vom 10. Juli 2012)

Glossar

Doppelproportionales Divisorverfahren mit Standardrundung	Anderer Begriff für "doppelter Pukelsheim". Sitzzuteilungsmethode die hohe Abbildungsgenauigkeit der Wählerstärken der Listengruppen (Parteien) über das ganze Wahlgebiet gewährleistet.
Gegenläufige Sitzverteilung	Wegen der grossen Abbildungsgenauigkeit der Sitzverteilung auf der Ebene des gesamten Wahlgebiets (Kanton) kann es beim "doppelten Pukelsheim" zu leichten Verzerrungen zwischen den Wahlkreisen kommen. Es ist möglich, dass in einem Wahlkreis eine kleinere Partei dank Stimmen aus anderen Wahlkreisen einen Sitz erreicht, obwohl sie weniger Stimmen gewonnen hat als andere Parteien in diesem Wahlkreis (sogenannte gegenläufige Sitzverteilung). Solche gegenläufigen Sitzverteilungen sind besonders in Einerwahlkreisen aus Akzeptanzgründen problematisch.
Gesetzliches (direktes) Quorum	Anderer Begriff für Sperrklausel oder Quote. Gesetzlich vorgegebener Wähleranteil, der erreicht werden muss, damit eine Listengruppe (Partei) an der Sitzverteilung teilnehmen darf. Siehe auch natürliches Quorum.
Kandidatenstimmen	Kandidatenstimmen sind die Stimmen, die eine Kandidatin oder ein Kandidat einer *Liste* „persönlich“ erhält. Mit der Abgabe des Wahlzettels gibt eine Wählerin oder ein Wähler jeder Person, die auf dem Wahlzettel aufgeführt ist, eine Kandidatenstimme (Art. 22 E-GRWG). Siehe auch *Parteistimmen.*
Kantonswahlschlüssel	Der Kantonswahlschlüssel wird bei der Verteilung der Sitze an die Listengruppen benötigt: Die Wählerzahl jeder Listengruppe wird durch den Kantonswahlschlüssel geteilt und standardmässig gerundet. Das Ergebnis gibt an, wie viele Sitze eine Listengruppe in der Oberzuteilung im gesamten Kanton erhält. Der Kantonswahlschlüssel ist so zu berechnen, dass alle 120 Sitze auf die Listengruppen vergeben werden (Art. 27 E-GRWG).
Listen	Vor einer Grossratswahl können Wahlvorschläge eingereicht werden, auf denen Kandidatinnen und Kandidaten genannt sind. Ein Wahlvorschlag kann nur so viele Personen nennen, wie im betreffenden Wahlkreis Sitze zu vergeben sind (vgl. *Sitzzuteilung an die Wahlkreise).* Die Wahlvorschläge werden geprüft und allenfalls bereinigt. Die bereinigten Wahlvorschläge heissen Listen. Die Listen eines *Wahlkreises* werden als Wahlzettel gedruckt und den Stimmberechtigten dieses *Wahlkreises* zugestellt (Art. 7 - 18 E-GRWG).
Listengruppe	Eine Listengruppe ist der Zusammenzug aller Wahlkreis-Listen, welche die gleiche Bezeichnung tragen. Die *Listen* der X-Partei aus allen *Wahlkreisen* bilden somit die Listengruppe X. Besteht eine Liste nur in einem Wahlkreis, so bildet sie gleichwohl eine eigene Listengruppe (Art. 16 Abs. 3 E-GRWG). Die Listengruppen werden für die *Oberzuteilung* benötigt. Listengruppen sind von den nicht mehr zulässigen *Listenverbindungen* zu unterscheiden.

Listengruppen-divisor	Bei der *Unterzuteilung* der Sitze der *Listengruppen* auf die *Listen* muss für jede *Listengruppe* ein Listengruppendivisor so festgelegt werden, dass die nachfolgenden Bedingungen erfüllt sind: Führt man für jede Liste die Rechnung *[Parteistimmenzahl einer Liste] :* [Listengruppendivisor der betreffenden *Listengruppe] : [Wahlkreis-divisor* des betreffenden *Wahlkreises]* durch und rundet man das Ergebnis *standardmässig* auf oder ab, so müssen alle 120 Sitze des Grossen Rats verteilt sein, und jede *Listengruppe* und jeder *Wahlkreis* muss so viele Sitze erhalten wie ihr bzw. ihm aufgrund der *Oberzuteilung* bzw. der *Sitzzuteilung an die Wahlkreise* zusteht (Art. 28 E-GRWG).
Listenverbin-dungen	Bei den Nationalratswahlen etwa können sich mehrere *Listen* zu einer Listenverbindung zusammenschliessen. Bei der Sitzzuteilung wurden die verbundenen *Listen* zunächst wie eine einzige *Liste* behandelt. Erst im zweiten Schritt wurden die einer Listenverbin-dung zugewiesenen Sitze den einzelnen *Listen* dieser Verbindung weitergeben. Listenverbindungen sind problematisch, weil zu wenig transparent ist, welcher *Liste* die Stimmkraft einer Wählerin oder eines Wählers letztlich zufliesst. Unter dem "doppelten Pukelsheim" sind Listen-verbindungen ausgeschlossen (Art. 15 E-GRWG). Listenverbindungen sind von den für die Oberzuteilung benötigten *Listengruppen* zu unterscheiden.
Majorzbedingung	Mit der sogenannten Majorzbedingung kann verhindert werden, dass es in einem Einerwahlkreis zu einer gegenläufigen Sitzverteilung kommen kann. Sie wird in das doppelproportionale Sitzzuteilungsverfahren eingebettet. Konkret wird bei der Festlegung der Unterzuteilung eine "Majorzbedingung" hinzugefügt, wonach in jedem Wahlkreis die stimmenstärkste Liste mindestens einen Sitz bekommt. Dies wird erreicht, indem in jedem Wahlkreis bei der stimmenstärksten Liste der Quotient aus Parteistimmen und Wahlkreis- und Listengruppendivisoren auch dann aufgerundet wird, wenn er unter 0,5 liegt. Die Majorzbedingung bewirkt, dass in einem Einerwahlkreis der eine Sitz zwingend an die stärkste Partei geht. Die Majorzbedingung beeinflusst also, in welchen Wahlkreisen eine Listengruppe ihre Sitze erhält. Sie kann unter Umständen eine wahlkreisbezogene Umordnung der Sitze gegenüber einer Unterzuteilung ohne Majorzbedingung zur Folge haben: die Listengruppe bekommt den Sitz im Einerwahlkreis und dafür nicht in einem anderen Wahlkreis. Die Majorzbedingung kann nur soweit zur Anwendung kommen, als folgende Bedingungen eingehalten werden: jeder Wahlkreis muss die ihm zugewiesene Anzahl von Sitzen erhalten (lit. a) und jede Listengruppe muss die Anzahl Sitze bekommen, die ihr gesamtkantonal aufgrund der Oberzuteilung zusteht (lit. b). Sollte also beispielsweise die stimmenstärkste Liste (Partei) eines Wahlkreises gemäss Oberzuteilung keinen Sitz im Kanton zugute haben, wird die Majorzregel nicht angewendet. Die beiden Bedingungen müssen auch in Fällen eingehalten werden können, wo es mehrere gleichwertige Lösungen für die dafür notwendige Nichtanwendung der Majorzbedingung gibt. So kann etwa eine Listengruppe (Partei)

	in mehr Wahlkreisen die stimmenstärkste Liste haben als sie Sitze in der Oberzuteilung erhalten hat, oder ein Wahlkreis kann (bei exakt gleicher Stimmenzahl mehrerer Listen) mehr stimmenstärkste Listen haben als Sitze. In solchen Fällen erfolgt eine Loszie-hung.
Natürliches Quorum	In bestimmtem Wahlgebiet (Wahlkreis) erfoderlicher Stimmen- bzw. Wähleranteil für die Erlangung eines Sitzes. Je weniger Sitze in einem Wahlkreis zu vergeben sind, desto höher ist das natürliche Quorum.
Oberzuteilung	Beim "doppelten Pukelsheim" werden die Sitze zunächst auf der Ebene des ganzen *Wahlgebiets* (Kanton) auf die *Listengruppen* (Parteien) verteilt. Zu diesem Zweck werden bei allen Listen die *Wählerzahlen* bestimmt und dann die Wählerzahlen der gleichnamigen Listen (X-Listen, alle Y-Listen etc.) zusammen gezählt. Die Summen werden durch den *Kantonswahlschlüssel* geteilt und *standardmässig gerundet*. Das Ergebnis gibt an, wie viele Sitze diese Listengruppe (Partei) im ganzen Wahlgebiet erhält. Der *Kantonswahlschlüssel* wird dabei so festgelegt, dass mit dem vorstehenden Verfahren alle Sitze des Parlaments vergeben werden (Art. 27 E-GRWG). Die Weitergabe der Sitze einer *Listengruppe* an die *Listen* erfolgt im Rahmen der *Unterzuteilung.*
Parteistimmen	Die Parteistimmenzahl einer Liste ist die Summe aller *Kandidatenstimmen* dieser Liste plus die *Zusatzstimmen* dieser Liste (Art. 22 E-GRWG).
Pukelsheim	Die doppelproportionale Divisormethode mit Standardrundung wurde von Prof. Dr. Friedrich Pukelsheim (Universität Augsburg) für den Kanton Zürich entwickelt. Sie beruht auf einer Idee von Prof. Michel Balinski (Ecole Polytechnique in Paris).
Sitzzuteilung an die Wahlkreise	Vor jeder Grossratswahl muss die Regierung festlegen, auf wie viele Sitze jeder Wahlkreis Anspruch hat. Dabei wird auf die ständige schweizerische Wohnbevölkerung der Wahlkreise aufgrund der eidgenössischen Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP), die jeweils im Jahr vor den Wahlen publiziert wird, abgestellt. Die Sitzzuteilung an die Wahlkreise erfolgt nach dem sog. Bruchzahlverfahren (Art. 3 bis 5 E-GRWG).
Standard-rundung	Ist beim "doppelten Pukelsheim" die Rundung einer Bruchzahl erforderlich, so erfolgt die Rundung stets zur nächstgelegenen ganzen Zahl (Art. 27 und Art. 28 E-GRWG). Werte grösser gleich ...,5 werden also zur nächsten ganzen Zahl auf-, solche kleiner als ...,5 zur nächsten ganzen Zahl abgerundet. Im vorliegenden Text wird von Standardrundung gesprochen.
Unterzuteilung	Bei der Unterzuteilung werden die einer *Listengruppe* zugewiesenen Sitze auf die einzelnen *Listen* dieser *Listengruppe* verteilt. Zu diesem Zweck wird die *Parteistimmenzahl* einer *Liste* durch den betreffenden *Listengruppendivisor* und durch den entsprechenden

	Wahlkreisdivisor geteilt. Das *standardgerundete* Ergebnis bezeichnet den Sitzanspruch der *Liste* im entsprechenden Wahlkreis (Art. 28 E-GRWG).
Wählerzahl	Die Wählerzahl einer *Liste* erhält man, indem man die *Parteistimmenzahl* dieser *Liste* durch die Anzahl Sitze, die im betreffenden *Wahlkreis* zu vergeben sind. Die Wählerzahl wird für die *Oberzuteilung* benötigt (Art. 27 E-GRWG).
Wahlgebiet	Das Wahlgebiet ist das Gebiet, in welchem eine Wahl stattfindet. Bei den Grossratswahlen bildet der ganze Kanton das Wahlgebiet.
Wahlkreis	Bei den Grossratswahlen ist das *Wahlgebiet* in 39 Wahlkreise eingeteilt.
Wahlkreis-divisor	Bei der *Unterzuteilung* der Sitze von den *Listengruppen* auf die *Listen* muss für jeden *Wahlkreis* ein Wahlkreisdivisor so festgelegt werden, dass die nachfolgenden Bedingungen erfüllt sind: Führt man für jede *Liste* die Rechnung *[Parteistimmenzahl einer Liste]* : *[Listengruppendivisor der betreffenden Listengruppe]* : *[Wahlkreisdivisor des betreffenden Wahlkreises]* durch und rundet man das Ergebnis *standardmässig*, so müssen alle Sitze des Grossen Rats verteilt werden, und jede *Listengruppe* und jeder *Wahlkreis* muss so viele Sitze erhalten wie ihr bzw. ihm aufgrund der *Oberzuteilung* bzw. der *Sitzzuteilung an die Wahlkreise* zusteht (Art. 28 E-GRWG).
Zusatzstimmen	In der Regel enthalten die *Listen so* viele Kandidatennamen wie im *Wahlkreis* Sitze zu vergeben sind. Die Wählenden können dann die Namen durch solche von Kandidatinnen und Kandidaten anderer *Listen* ersetzen (panaschieren) oder die Kandidatennamen verdoppeln (kumulieren). Sie können aber auch einfach Kandidatennamen ersatzlos streichen, wodurch Zusatzstimmen entstehen. Zusatzstimmen kommen der betreffenden *Liste* zugute. Sie zählen also „für die Liste“, nicht aber für eine bestimmte Kandidatin oder einen bestimmten Kandidaten dieser Liste (Art. 23 E-GRWG). Siehe auch *Parteistimmen.*

Verfassung des Kantons Graubünden

Änderung vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu:	–
Geändert:	**110.100**
Aufgehoben:	–

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 101 Abs. 1 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 24. November 2020,

beschliesst:

I.

Der Erlass "Verfassung des Kantons Graubünden" BR 110.100 (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

Art. 27 Abs. 2 (geändert)
[2] Die Wahl erfolgt nach dem **Verhältniswahlverfahren. Das Gesetz kann Mindestquoren und eine Majorzbedingung vorsehen.**

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Teilrevision untersteht dem obligatorischen Referendum.
Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Gesetz über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz; GRWG)

Vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu:	**???.???**
Geändert:	150.100 | 170.100
Aufgehoben:	–

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 27 sowie auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 24. November 2020,

beschliesst:

I.

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand, Geltungsbereich

[1] Das Gesetz regelt:

a) die Einteilung des Kantons in Wahlkreise und die Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen im Anhang;
b) das Verfahren der Verteilung der Grossratssitze auf die Wahlkreise;
c) das Verfahren der Wahl des Grossen Rates nach dem Verhältniswahlverfahren;
d) die Stellvertretung im Grossen Rat.

[2] Soweit dieses Gesetz nicht etwas anderes bestimmt, gelten für die Durchführung der Wahlen das Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden und für Fragen des Verhältniswahlrechts die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte sinngemäss.

Art. 2 Wahlkreiseinteilung

[1] Der Kanton Graubünden ist für die Wahl des Grossen Rates in die Wahlkreise gemäss Anhang eingeteilt.

[2] Die Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen ist im Anhang geregelt.

[3] Die Zugehörigkeit zum Wahlkreis von sich zusammenschliessenden Gemeinden ist in der Fusionsvereinbarung zu regeln. Stehen wichtige Gründe dieser Regelung entgegen oder können sich Gemeinden nicht einigen, entscheidet die Regierung endgültig. Ist mehr als eine Region betroffen, so sind diese vorgängig anzuhören.

Art. 3 Grundlage der Sitzverteilung

[1] Für die Verteilung der Grossratssitze auf die Wahlkreise ist massgebend die ständige schweizerische Wohnbevölkerung der Wahlkreise aufgrund der eidgenössischen Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP), die jeweils im Jahr vor den Wahlen publiziert wird.

Art. 4 Verteilungsverfahren

[1] Die 120 Sitze des Grossen Rates werden auf die Wahlkreise nach folgendem Verfahren verteilt:

a) Vorwegverteilung:
   1. Die schweizerische Wohnbevölkerung des Kantons wird durch 120 geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die erste Verteilungszahl. Jeder Wahlkreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.
   2. Die schweizerische Wohnbevölkerung der verbleibenden Wahlkreise wird durch die Zahl der noch nicht zugeteilten Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die zweite Verteilungszahl. Jeder Wahlkreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.
   3. Das Verfahren gemäss Ziffer 2 wird wiederholt, bis eine Verteilungszahl gefunden wird, die alle verbleibenden Wahlkreise erreichen.

b) Hauptverteilung: Jeder verbliebene Wahlkreis erhält so viele Sitze, als die letzte Verteilungszahl in seiner Bevölkerungszahl enthalten ist.

c) Restverteilung: Die restlichen Sitze werden auf die Wahlkreise mit den grössten Restzahlen verteilt. Erreichen mehrere Wahlkreise die gleiche Restzahl, so scheiden sie in der Reihenfolge der kleinsten Reste aus, die sich nach der Teilung ihrer Bevölkerungszahl durch die erste Verteilungszahl ergeben. Sind auch die Reste gleich, so entscheidet das Los.

Art. 5 Bekanntgabe

[1] Die Regierung gibt die Zahl der in jedem Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten jeweils vor den Wahlen im Kantonsamtsblatt bekannt.

Art. 6 Wahlbeschwerden

[1] Das Ratssekretariat unterbreitet eine bei der Standeskanzlei eingegangene Beschwerde unverzüglich der Präsidentin oder dem Präsidenten des Wahlbüros zur Vernehmlassung, ordnet, falls nötig, weitere Erhebungen an und legt die Akten der Kommission für Justiz und Sicherheit vor.

[2] Diese legt dem Grossen Rat in seiner ersten Sitzung einen begründeten Antrag zur Entscheidung vor.

[3] Den beanstandeten Abgeordneten ist der Einsitz bis zur Erledigung der Beschwerdeangelegenheiten durch den Grossen Rat gestattet. Bei der Behandlung haben sie in Ausstand zu treten.

2. Vorbereitung der Wahlen

Art. 7 Aufforderung

[1] Die Regierung publiziert bis spätestens am sechszehntletzten Montag vor dem Wahltag im Kantonsamtsblatt die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen bei dem für den Wahlkreis zuständigen Regionalausschuss.

Art. 8 Wahlvorschläge
1. Inhalt

[1] Ein Wahlvorschlag darf höchstens so viele Namen wählbarer Personen enthalten, als im Wahlkreis Grossratsmitglieder zu wählen sind, und keinen Namen mehr als zweimal. Enthält ein Wahlvorschlag mehr Namen, werden die letzten gestrichen.

[2] Die Wahlvorschläge müssen für jede vorgeschlagene Person angeben:

a) den amtlichen Namen und Vornamen;
b) den Namen, unter dem die Person politisch oder im Alltag bekannt ist;
c) das Geschlecht;
d) das Geburtsdatum;
e) die Wohnadresse;
f) den Beruf.

[3] Jede vorgeschlagene Person muss schriftlich bestätigen, dass sie den Wahlvorschlag annimmt. Fehlt die Bestätigung, so wird ihr Name gestrichen.

Art. 9 2. Bezeichnung

[1] Jeder Wahlvorschlag muss eine zur Unterscheidung von anderen Wahlvorschlägen geeignete Bezeichnung tragen.

Art. 10 3. Unterzeichnung

[1] Jeder Wahlvorschlag muss von zehn im Wahlkreis wohnhaften Stimmberechtigten handschriftlich unterzeichnet sein.

[2] Eine stimmberechtigte Person darf nicht mehr als einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Nach der Einreichung des Vorschlages kann die Unterschrift nicht mehr zurückgezogen werden.

[3] Die Unterzeichnenden haben eine Person als Vertretung des Wahlvorschlages und eine als deren Stellvertretung zu bezeichnen. Verzichten sie darauf, gilt die erstunterzeichnende Person als Vertretung, die zweitunterzeichnende als Stellvertretung.

Art. 11 4. Einreichung

[1] Wahlvorschläge müssen bis spätestens am zwölftletzten Montag vor dem Wahltag bei dem für den Wahlkreis zuständigen Regionalausschuss eintreffen.

[2] Nach diesem Zeitpunkt eingereichte Wahlvorschläge fallen ausser Betracht.

[3] Der Regionalausschuss gibt der Standeskanzlei von den eingereichten Wahlvorschlägen umgehend Kenntnis.

Art. 12 5. Einsichtnahme

[1] Die Stimmberechtigten des Wahlkreises können die Wahlvorschläge und die Namen der Unterzeichnenden beim zuständigen Regionalausschuss einsehen.

Art. 13 6. Bereinigung
a) Mehrfach Vorgeschlagene

[1] Steht der Name einer vorgeschlagenen Person auf mehr als einem Wahlvorschlag eines Wahlkreises, so wird er vom zuständigen Regionalausschuss unverzüglich auf allen diesen Wahlvorschlägen gestrichen.

[2] Die Standeskanzlei streicht unverzüglich jene Vorgeschlagenen, deren Namen auf Wahlvorschlägen aus mehreren Wahlkreisen steht. Sie teilt ihre Streichungen umgehend den Regionalausschüssen der betroffenen Wahlkreise mit.

Art. 14 b) Bereinigung und Ersatzvorschläge

[1] Der zuständige Regionalausschuss prüft fortlaufend die eingegangenen Wahlvorschläge in Bezug auf die Formerfordernisse, die Wählbarkeit der Kandidierenden, Mehrfachkandidaturen und die Gültigkeit der Unterschriften.

[2] Bei Mängeln wird der Vertretung des Wahlvorschlags unverzüglich eine kurze Frist zur Behebung angesetzt.

[3] Die als Ersatz für amtlich gestrichene Personen Vorgeschlagenen müssen schriftlich bestätigen, dass sie den Wahlvorschlag annehmen.

[4] Wird ein Mangel nicht fristgemäss behoben, so ist der Wahlvorschlag ungültig. Betrifft der Mangel nur eine vorgeschlagene Person, so wird lediglich deren Name gestrichen.

[5] Nach dem elftletzten Montag vor dem Wahltag können die Wahlvorschläge nicht mehr geändert werden. Vorbehalten bleiben die amtliche Ungültigerklärung nachträglich festgestellter Mehrfachkandidaturen und Anpassungen bei den Listenbezeichnungen gemäss Artikel 16.

Art. 15 Listen

[1] Die bereinigten Wahlvorschläge heissen Listen. Listenverbindungen sind ausgeschlossen.

[2] Der zuständige Regionalausschuss übermittelt die bereinigten Listen spätestens am elftletzten Mittwoch vor dem Wahltag der Standeskanzlei zur Veröffentlichung im Kantonsamtsblatt.

Art. 16 Listengruppen

[1] Listen mit gleicher Bezeichnung bilden im Kanton eine Listengruppe.

[2] Listen werden als Listengruppe behandelt, wenn:

a) die Vertretungen der Listen bis spätestens am elftletzten Mittwoch vor dem Wahltag eine entsprechende schriftliche Erklärung bei der Standeskanzlei einreichen;
b) die Listen aus verschiedenen Wahlkreisen stammen; und
c) die Listen die gleiche Bezeichnung tragen.

[3] Wurde eine Liste nur in einem Wahlkreis eingereicht, gilt diese Liste ebenfalls als Listengruppe.

[4] Die Standeskanzlei bereinigt im Zusammenwirken mit den Vertretungen der Listen Differenzen in den Listenbezeichnungen und bei der Bildung von Listengruppen. Kommt keine Einigung zustande, entscheidet die Standeskanzlei.

Art. 17 Listennummern

[1] Listen derselben Listengruppe werden mit der gleichen Listennummer versehen.

[2] Die Listennummer wird von der Standeskanzlei zugelost. Die Losziehung ist öffentlich.

[3] Die Standeskanzlei veröffentlicht die Listengruppen und die Listen im Kantonsamtsblatt.

Art. 18 Wahlzettel, Wahlanleitung

[1] Die Standeskanzlei erstellt für sämtliche Listen Wahlzettel, auf denen die Listenbezeichnung, die Ordnungsnummer und die Angaben zu den Kandidierenden (Nach- und Vornamen, Jahrgang, Berufsbezeichnung sowie Wohnort) vorgedruckt sind, zudem einen Wahlzettel ohne Vordruck.

[2] Die Standeskanzlei erstellt vor jeder Wahl eine kurze Wahlanleitung, die den Stimmberechtigten zusammen mit den Wahlzetteln von den Gemeinden abgegeben wird.

3. Wahlakt

Art. 19 Ausübung des Wahlrechts

[1] Jede wahlberechtigte Person verfügt über so viele Stimmen, als Grossratsmitglieder in ihrem Wahlkreis zu wählen sind.

[2] Sie kann ihre Stimme nur für Personen abgeben, die in ihrem Wahlkreis gültig vorgeschlagen worden sind.

[3] Sie kann dazu einen amtlichen vorgedruckten oder leeren Wahlzettel verwenden. Das Ausfüllen und das Abändern hat handschriftlich zu erfolgen.

Art. 20 Ausfüllen des Wahlzettels

[1] Wer den Wahlzettel ohne Vordruck benutzt, kann Namen wählbarer Personen eintragen sowie die Listenbezeichnung und/oder Ordnungsnummer einer Liste anbringen.

[2] Wer einen Wahlzettel mit Vordruck benutzt, kann gedruckte Namen von Kandidierenden streichen. Er kann Namen von auf anderen Listen im Wahlkreis Kandidierenden eintragen (panaschieren). Er kann ferner die vorgedruckte Ordnungsnummer und Listenbezeichnung streichen oder durch eine andere ersetzen.

[3] Der Name der gleichen kandidierenden Person kann höchstens zweimal aufgeführt werden (kumulieren).

Art. 21 Ungültige Wahlzettel und Kandidatenstimmen

[1] Wahlzettel sind ungültig, wenn:

a) sie nicht amtlich sind;
b) sie keinen Namen einer kandidierenden Person des Wahlkreises enthalten;
c) sie anders als handschriftlich ausgefüllt oder geändert sind;
d) sie ehrverletzende Äusserungen oder offensichtliche Kennzeichnungen enthalten;
e) bei brieflicher Stimmabgabe nicht die dafür erlassenen Vorschriften beachtet werden.

[2] Als ungültige Stimmen sind vom Wahlzettel zu streichen:

a) Namen von Personen, die nicht auf einer Liste des Wahlkreises stehen;
b) überzählige Wiederholungen, wenn der Name einer kandidierenden Person mehr als zweimal aufgeführt wird.

[3] Enthält ein Wahlzettel mehr Namen als Sitze zu vergeben sind, so werden die letzten vorgedruckten nicht handschriftlich kumulierten, danach die letzten handschriftlich ausgefüllten Namen gestrichen.

4. Ermittlung der Ergebnisse

Art. 22 Kandidaten- und Parteistimmen

[1] Die auf dem Wahlzettel aufgeführten Kandidatinnen oder Kandidaten erhalten je eine Kandidatenstimme.

[2] Die Summe der Kandidaten- und der Zusatzstimmen gemäss Artikel 23 ergibt die Parteistimmen jeder Liste.

Art. 23 Zusatzstimmen

[1] Enthält ein Wahlzettel weniger gültige Kandidatenstimmen, als im Wahlkreis Mitglieder des Grossen Rates zu wählen sind, so gelten die leeren Linien als Zusatzstimmen für die Liste, deren Bezeichnung oder Ordnungsnummer auf dem Wahlzettel angegeben ist. Fehlen Bezeichnung und Ordnungsnummer oder enthält der Wahlzettel mehr als eine der eingereichten Listenbezeichnungen oder Ordnungsnummern, so zählen die leeren Linien nicht (leere Stimmen).

[2] Namen, die auf keiner Liste des Wahlkreises stehen, werden gestrichen. Sie werden jedoch als Zusatzstimmen gezählt, wenn der Wahlzettel eine Listenbezeichnung oder Ordnungsnummer trägt. Fehlt eine solche, so zählen diese Stimmen nicht (leere Stimmen).

[3] Bei einem Widerspruch zwischen Listenbezeichnung und Ordnungsnummer gilt die Listenbezeichnung.

Art. 24 Zusammenstellung der Ergebnisse

[1] Das Wahlbüro jeder Gemeinde hat folgende Werte zu ermitteln:

a) die Zahl der Wahlberechtigten und der Wählenden;
b) die Zahl der gültigen, ungültigen und leeren Wahlzettel.

[2] Aus den gültigen Wahlzetteln werden festgestellt:

a) die Zahl der Stimmen, welche die einzelnen kandidierenden Personen erhalten haben (Kandidatenstimmen);
b) die Zahl der Zusatzstimmen jeder Liste;
c) die Summe der Kandidaten- und Zusatzstimmen jeder Liste;
d) die Zahl der leeren Stimmen.

[3] Diese Ergebnisse sind unverzüglich der Standeskanzlei elektronisch zu übermitteln.

[4] Das Wahlbüro der Gemeinde hat die Ergebnisse in einem Protokoll festzuhalten, das der Standeskanzlei einzureichen ist.

Art. 25 Sitzverteilung
1. Allgemeines

[1] Die Wahl des Grossen Rates wird nach dem doppelproportionalen Sitzzuteilungsverfahren durchgeführt.

[2] Die Sitzverteilung erfolgt durch die Standeskanzlei.

Art. 26 2. Listengruppen, Quorum

[1] Eine Listengruppe nimmt an der Sitzverteilung nur teil, wenn ihre Listen eine Wählerzahl erreichen, die gesamtkantonal einem Wähleranteil von mindestens 3 Prozent entspricht.

Art. 27 3. Oberzuteilung auf die Listengruppen

[1] Die Parteistimmenzahl einer Liste wird durch die Zahl der im betreffenden Wahlkreis zu vergebenden Sitze geteilt. Das Ergebnis heisst Wählerzahl der Liste.

[2] In jeder Listengruppe werden die Wählerzahlen der Listen zusammengezählt. Die Summe wird durch den Kantonswahlschlüssel geteilt und zur nächstgelegenen ganzen Zahl gerundet. Das Ergebnis bezeichnet die Zahl der Sitze der betreffenden Listengruppe.

[3] Die Standeskanzlei berechnet den Kantonswahlschlüssel so, dass beim Vorgehen gemäss Absatz 2 120 Sitze vergeben werden.

[4] Kommt es zu gleichwertigen Rundungsmöglichkeiten entscheidet das Los.

Art. 28 4. Unterzuteilung auf die Listen

[1] Die Parteistimmenzahl einer Liste wird durch den Wahlkreis-Divisor und den Listengruppen-Divisor geteilt und zur nächstgelegenen ganzen Zahl gerundet. Das Ergebnis bezeichnet die Zahl der Sitze dieser Liste.

[2] Falls die Zahl der Sitze der stimmenstärksten Liste in einem Wahlkreis nicht mindestens eins beträgt, wird diese auf eins erhöht (Majorzbedingung).

[3] Führt die Anwendung der Majorzbedingung zu einem Widerspruch mit Absatz 4, so ist diese soweit einzuschränken, dass die Bedingungen von Absatz 4 eingehalten sind. Gibt es dafür mehrere gleichwertige Möglichkeiten, entscheidet das Los.

[4] Die Standeskanzlei legt für jeden Wahlkreis einen Wahlkreis-Divisor und für jede Listengruppe einen Listengruppen-Divisor so fest, dass beim Vorgehen gemäss den Absätzen 1 bis 3:

a) jeder Wahlkreis die ihm gemäss Artikel 4 zugewiesene Zahl von Sitzen erhält;
b) jede Listengruppe die ihr gemäss Oberzuteilung zustehende Zahl von Sitzen erhält.

[5] Kommt es zu gleichwertigen Rundungsmöglichkeiten, entscheidet das Los.

Art. 29 5. Ermittlung der Gewählten und der Ersatzleute

[1] Von jeder Liste sind nach Massgabe der erreichten Sitze die Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, die am meisten Stimmen erhalten haben.

[2] Die nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten sind Ersatzleute für ihre Liste in der Reihenfolge der erzielten Stimmen.

[3] Bei Stimmengleichheit bestimmt das Los die Reihenfolge.

Art. 30 6. Überzählige Sitze

[1] Werden einer Liste mehr Sitze zugeteilt, als sie Kandidatinnen oder Kandidaten aufführt, so findet für die überzähligen Sitze eine Ergänzungswahl nach Artikel 32 statt.

Art. 31 Nachrücken

[1] Lehnt jemand die Wahl ab oder scheidet ein Mitglied vor Ablauf der Amtsdauer aus dem Grossen Rat aus, so erklärt die Standeskanzlei die erste Ersatzperson für gewählt. Der Beschluss ist im Kantonsamtsblatt zu publizieren.

[2] Kann oder will eine Ersatzperson das Amt nicht antreten, so rückt die nachfolgende an ihre Stelle.

Art. 32 Ergänzungswahl

[1] Kann ein Sitz nicht durch Nachrücken besetzt werden, so können drei Fünftel der Unterzeichnenden des Wahlvorschlags (Art. 10) auf dem das ausgeschiedene Grossratsmitglied aufgeführt war, einen Wahlvorschlag unterbreiten.

[2] Erfüllt die so vorgeschlagene Person die Wählbarkeitsvoraussetzungen, wird sie von der Regierung als gewählt erklärt. Der Beschluss ist im Kantonsamtsblatt zu publizieren.

[3] Wird das Vorschlagsrecht nicht genutzt, so ordnet die Regierung im betreffenden Wahlkreis eine Volkswahl an. Sind mehrere Sitze zu besetzen, so finden die Bestimmungen über das Verhältniswahlverfahren Anwendung, andernfalls diejenigen über das Mehrheitswahlverfahren.

[4] Kommt in einem Wahlkreis das Verhältniswahlverfahren zur Anwendung, dann gelten folgende Besonderheiten:

a) alle Listen gelten ebenfalls als Listengruppen;
b) eine Liste nimmt an der Sitzverteilung nur teil, wenn sie mindestens 3 Prozent aller Parteistimmen erhält;
c) eine Unterzuteilung entfällt, da jede Listengruppe nur eine Liste enthält.

Art. 33 Temporäre Stellvertretung

[1] Ist ein Grossratsmitglied vorübergehend an der Einsitznahme im Grossen Rat verhindert, so kann eine Ersatzperson einsitzen. Die Bestimmungen über das Nachrücken gemäss Artikel 31 gelten sinngemäss.

[2] Ist eine Stellvertretung durch Nachrücken nicht möglich, so erfolgt diese durch Personen auf weiteren Listen in der Reihenfolge der Wahlergebnisse.

[3] Die Stellvertretung ist möglichst frühzeitig dem zuständigen Regionalausschuss mitzuteilen, der seinerseits unverzüglich das Ratssekretariat informiert.

II.

1.
Der Erlass "Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)" BR 150.100 (Stand 1. Februar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 1bis (neu)

1bis Vorbehalten bleiben die besonderen Vorschriften über die Verhältniswahl des Grossen Rates im Gesetz über die Wahl des Grossen Rates.

Art. 2 Abs. 2 (geändert)

2 Regionale Wahlen sind die Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates in den Wahlkreisen gemäss Gesetz über ~~den~~ **die Wahl des** Grossen ~~Rat~~**Rates** sowie die Wahlen der Mitglieder der Regionalgerichte.

Art. 8 Abs. 1 (geändert)

1 Die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die Grossrats- und Regionalgerichtswahlen- werden gemeindeweise am gleichen Tag an der Urne durchgeführt~~. Die Regionen können für die Grossratswahlen auch die Stimmabgabe an der Landsgemeinde vorsehen~~.

Art. 36 Abs. 1, Abs. 3 (aufgehoben)

1 Das Stimmbüro meldet unverzüglich die Gemeindeergebnisse:

a) **(geändert)** bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen **sowie bei Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates** der Standeskanzlei;

c) **(geändert)** bei ~~den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und den~~ Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten dem Regionalausschuss.

3 *Aufgehoben*

Art. 37 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

1 Die Standeskanzlei ermittelt durch Zusammenzählen der Gemeindeergebnisse das kantonale Ergebnis bei eidgenössischen sowie kantonalen Wahlen und Abstimmungen und **bei Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise. Sie** fertigt darüber ein Protokoll aus.

2 Bei Wahlen des Regionalgerichts kommt die Aufgabe dem Regionalgericht~~, bei den Wahlen der Mitglieder des Grossen Ratens~~ und bei Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten dem Regionalausschuss zu.

Art. 42 Abs. 1 (geändert)

[1] Die vorläufigen Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen **sowie jene der Wahl der Mitglieder des Grossen Rates** werden von der Standeskanzlei, jene der Wahlen der Regionalgerichte vom Regionalgericht und jene ~~der Wahl der Mitglieder des Grossen Rates sowie~~ der Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten vom Regionalausschuss unverzüglich öffentlich bekanntgegeben.

Art. 43 Abs. 2 (geändert), **Abs. 3 (geändert)**

[2] Im Übrigen ordnet bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen ~~die Regierung, bei Regionalgerichtswahlen die Verwaltungskommission~~ sowie bei Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates **die Regierung, bei Regionalgerichtswahlen die Verwaltungskommission** und bei Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten der Regionalausschuss eine Nachzählung an, wenn konkrete Anhaltspunkte für Unregelmässigkeiten bestehen.

[3] Die Nachzählung kann zentral, bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen **sowie bei Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates** durch die Standeskanzlei, bei ~~regionalen Wahlen~~ **Regionalgerichtswahlen** und **regionalen** Abstimmungen durch das Regionalgericht beziehungsweise den Regionalausschuss vorgenommen werden oder, auf Anordnung dieser Stellen, in den Gemeinden erfolgen.

Art. 44 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**

[1] Gestützt auf die Protokolle der Gemeinden oder einer allfälligen Nachzählung werden die konsolidierten Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen **sowie jene der Wahl der Mitglieder des Grossen Rates** unter Hinweis auf das Beschwerderecht durch die Standeskanzlei im Kantonsamtsblatt veröffentlicht.

[2] Bei ~~Wahlen~~**Regionalgerichtswahlen** und Abstimmungen auf regionaler Ebene erfolgt die Veröffentlichung durch das Regionalgericht beziehungsweise durch den Regionalausschuss im jeweiligen Publikationsorgan.

Art. 45 Abs. 1 (geändert)

[1] Nach Ablauf der Beschwerdefrist oder nach Erledigung der Beschwerde stellt die Regierung das Ergebnis der Ständeratswahlen und kantonalen Abstimmungen und der Grosse Rat dasjenige der **Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates sowie der** Regierungsratswahlen verbindlich fest.

Art. 46 Abs. 1 (geändert)

[1] Wer eine Wahl nicht binnen acht Tagen seit der amtlichen Bekanntgabe des Ergebnisses durch schriftliche Mitteilung an die Regierung beziehungsweise die Verwaltungskommission ~~oder den Regionalausschuss~~ ablehnt, hat sie angenommen.

2.
Der Erlass "Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)" BR 170.100 (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

Art. 1
Aufgehoben

Art. 2
Aufgehoben

Art. 3
Aufgehoben

Art. 4
Aufgehoben

Art. 5
Aufgehoben

Anhänge
Anhang 1: Art. 1 Abs. 2 **(aufgehoben)**

3.
Der Erlass "Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)" BR 150.100 (Teilrevision vom 12. Februar 2018) wird wie folgt geändert:

Art. 19b Abs. 1
[1] Bis spätestens am vierzehntletzten Montag vor dem Wahltag ist die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zu publizieren:
b) *Aufgehoben*

Art. 19e Abs. 1
[1] Wahlvorschläge müssen bis spätestens am neuntletzten Montag vor dem Wahltag eintreffen:
b) *Aufgehoben*

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum. Es tritt nur in Kraft, wenn die Teilrevision der Kantonsverfassung vom … angenommen worden ist.

Die Fremdänderungen unter II.3., betreffend die Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR) vom 12. Februar 2018, treten zusammen mit dieser Teilrevision in Kraft.

Im Übrigen bestimmt die Regierung den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Anhang 1: Wahlkreiseinteilung und Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen (Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2)

(Stand 1. Januar 2021)

Die Gemeinden sind wie folgt den Wahlkreisen zugeordnet[1]:

Wahlkreis	**Gemeinden**
Alvaschein	Albula/Alvra, Vaz/Obervaz
Avers	Avers
Belfort	Lantsch/Lenz, Schmitten (GR)
Bergün	Bergün Filisur
Bregaglia	Bregaglia
Breil/Brigels	Breil/Brigels
Brusio	Brusio
Calanca	Buseno, Calanca, Castaneda, Rossa, Santa Maria in Calanca
Chur	Chur
Churwalden	Churwalden, Tschiertschen-Praden
Davos	Davos
Disentis	Disentis/Mustér, Medel (Lucmagn), Sumvitg, Trun, Tujetsch
Domleschg	Domleschg, Fürstenau, Rothenbrunnen, Scharans, Sils im Domleschg
Fünf Dörfer	Landquart, Trimmis, Untervaz, Zizers
Ilanz	Falera, Ilanz/Glion, Laax, Obersaxen Mundaun, Sagogn, Schluein
Jenaz	Fideris, Furna, Jenaz
Klosters	Klosters-Serneus
Küblis	Conters im Prättigau, Küblis
Lumnezia/Lugnez	Lumnezia, Vals
Luzein	Luzein
Maienfeld	Fläsch, Jenins, Maienfeld, Malans

[1] Der Stand und die Bezeichnungen der Gemeinden werden jährlich den Gemeindezusammenschlüssen entsprechend formlos angepasst.

Mesocco	Lostallo, Mesocco, Soazza
Oberengadin	Bever, Celerina/Schlarigna, Madulain, Pontresina, La Punt Chamues-ch, Samedan, St. Moritz, S-chanf, Sils im Engadin/Segl, Silvaplana, Zuoz
Poschiavo	Poschiavo
Ramosch	Samnaun, Valsot
Rhäzüns	Bonaduz, Domat/Ems, Rhäzüns
Rheinwald	Rheinwald, Sufers
Roveredo	Cama, Grono, Roveredo (GR), San Vittore
Safien	Safiental
Schams	Andeer, Ferrera, Muntogna da Schons, Rongellen, Zillis-Reischen
Schanfigg	Arosa
Schiers	Grüsch, Schiers
Seewis	Seewis im Prättigau
Suot Tasna	Scuol
Sur Tasna	Zernez
Surses	Surses
Thusis	Cazis, Flerden, Masein, Thusis, Tschappina, Urmein
Trins	Felsberg, Flims, Tamins, Trin
Val Müstair	Val Müstair

Constituziun dal chantun Grischun

Midada dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov:	–
Midà:	**110.100**
Abolì:	–

Il Cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 101 al. 1 da la Constituziun chantunala,
suenter avair gì invista da la missiva da la Regenza dals 24 da november 2020,

concluda:

I.

Il relasch "Constituziun dal chantun Grischun" DG 110.100 (versiun dals 01-01-2018) vegn midà sco suonda:

Art. 27 al. 2 (midà)
[2] L'elecziun succeda tenor la procedura electorala da **proporz. La lescha po prevair quorums minimals ed ina cundiziun da** maiorz.

II.

Naginas midadas en auters relaschs.

III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa revisiun parziala è suttamessa al referendum obligatoric.
La Regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur.

Lescha davart l'elecziun dal Cussegl grond (LECG)

Dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov:	**???.???**
Midà:	150.100 | 170.100
Abolì:	–

Il Cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 27 sco er sin l'art. 31 al. 1 da la Constituziun chantunala,
suenter avair gì invista da la missiva da la Regenza dals 24 da november 2020,

concluda:

I.

1. Disposiziuns generalas

Art. 1 Object, champ d'applicaziun

[1] Questa lescha regla:

a) la divisiun dal chantun en circuls electorals e l'attribuziun da las vischnancas als circuls electorals en l'agiunta;
b) la procedura per reparter ils sezs dal Cussegl grond sin ils circuls electorals;
c) la procedura per eleger il Cussegl grond tenor la procedura electorala da proporz;
d) la substituziun en il Cussegl grond.

[2] Uschenavant che questa lescha na fixescha nagut auter, valan la Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun confurm al senn per la realisaziun da las elecziuns e las disposiziuns da la Lescha federala davart ils dretgs politics confurm al senn per dumondas dal dretg electoral da proporz.

Art. 2 Divisiun dals circuls electorals

[1] Per eleger il Cussegl grond è il chantun Grischun dividì en ils circuls electorals tenor l'agiunta.

[2] L'attribuziun da las vischnancas als circuls electorals è reglada en l'agiunta.

[3] A tge circul electoral che vischnancas che fusiuneschan appartegnan, sto vegnir reglà en la cunvegna da fusiun. Sche motivs relevants s'opponan a questa regulaziun u sche las vischnancas na chattan betg in'enclegientscha, decida la Regenza definitivamain. Sche dapli ch'ina regiun è pertutgada, ston l'emprim vegnir consultadas questas regiuns.

Art. 3 Basa da la repartiziun dals sezs

[1] Per reparter ils sezs dal Cussegl grond sin ils circuls electorals è decisiva la populaziun svizra permanenta dals circuls electorals sin basa da la statistica federala da la populaziun e da las chasadas (STATPOP) che vegn mintgamai publitgada l'onn avant las elecziuns.

Art. 4 Procedura da repartiziun

[1] Ils 120 sezs dal Cussegl grond vegnan repartids sin ils circuls electorals tenor la suandanta procedura:

a) Repartiziun anticipada:
   1. Il dumber da la populaziun svizra dal chantun vegn dividì tras 120. La proxima cifra entira sur quest resultat furma l'emprima cifra da repartiziun. Mintga circul electoral cun in dumber da la populaziun pli pitschen che questa cifra survegn in sez e na vegn betg pli en consideraziun per l'ulteriura repartiziun.
   2. Il dumber da la populaziun svizra dals circuls electorals restants vegn dividì tras il dumber da sezs anc betg attribuids. La proxima cifra entira sur quest resultat furma la segunda cifra da repartiziun. Mintga circul electoral cun in dumber da la populaziun pli pitschen che questa cifra survegn in sez e na vegn betg pli en consideraziun per l'ulteriura repartiziun.
   3. La procedura tenor la cifra 2 vegn repetida, fin ch'i vegn chattada ina cifra da repartiziun che vegn cuntanschida da tut ils circuls electorals restants.

b) Repartiziun principala: Mintga circul electoral restant survegn tants sezs, sco quai che l'ultima cifra da repartiziun è cuntegnida en ses dumber da la populaziun.

c) Repartiziun restanta: Ils sezs restants vegnan repartids sin quels circuls electorals che han las cifras restantas las pli grondas. Sche plirs circuls electorals cuntanschan la medema cifra restanta, vegnan els eliminads tenor la successiun dals rests ils pli pitschens che resultan suenter la divisiun da lur dumber da la populaziun tras l'emprima cifra da repartiziun. Sche er quests rests en eguals, decida la sort.

Art. 5 Communicaziun

[1] Avant las elecziuns publitgescha la Regenza mintgamai en il Fegl uffizial chantunal il dumber da deputadas e deputads ch'èn d'eleger en mintga circul electoral.

Art. 6 Recurs electorals

[1] Sch'i vegn inoltrà in recurs a la Chanzlia chantunala, suttametta il Secretariat dal Cussegl grond quel immediatamain a la presidenta u al president dal biro electoral per la consultaziun, ordinescha – sche necessari – ulteriuras retschertgas e suttametta las actas a la Cumissiun per giustia e segirezza.

[2] En sia emprima sesida suttametta quella ina proposta da decisiun motivada al Cussegl grond.

[3] Las deputadas ed ils deputads contestads dastgan far part da las sesidas, fin che las chaussas da recurs èn liquidadas tras il Cussegl grond. Per il tractament ston ellas ed els prender recusaziun.

2. Preparaziun da las elecziuns

Art. 7 Invit

[1] Fin il pli tard il 16avel glindesdi avant il di d'elecziun publitgescha la Regenza en il Fegl uffizial chantunal l'invit d'inoltrar propostas electoralas a la cumissiun regiunala cumpetenta per il circul electoral.

Art. 8 Propostas electoralas
1. cuntegn

[1] Ina proposta electorala dastga cuntegnair maximalmain tants nums da persunas elegiblas sco quai ch'i èn d'eleger deputadas e deputads en il circul electoral, e nagins nums dapli che duas giadas. Sch'ina proposta electorala cuntegna dapli nums, vegnan stritgads ils ultims nums.

[2] Las propostas electoralas ston inditgar per mintga persuna proponida:

a) il num ed il prenum uffizial;
b) il num, sut il qual la persuna è enconuschenta sin plaun politic u en il mintgadi;
c) la schlattaina;
d) la data da naschientscha;
e) l'adressa da domicil;
f) la professiun.

[3] Mintga persuna proponida sto confermar en scrit ch'ella acceptia la proposta electorala. Sche questa conferma manca, vegn stritgà ses num.

Art. 9 2. designaziun

[1] Mintga proposta electorala sto avair ina designaziun ch'è adattada per la differenziar dad autras propostas electoralas.

Art. 10 3. suttascripziun

[1] Mintga proposta electorala sto vegnir suttascritta a maun, e quai da diesch persunas cun dretg da votar che abitan en il circul electoral.

[2] Ina persuna cun dretg da votar na dastga betg suttascriver dapli ch'ina proposta electorala. Suenter l'inoltraziun da la proposta na po la suttascripziun betg pli vegnir retratga.

[3] Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders ston designar ina persuna sco represchentanta u represchentant da la proposta electorala ed ina persuna sco sia substituziun. Sch'i vegn desistì da quai, vala l'emprima sutsegnadra u l'emprim sutsegnader sco represchentanta u represchentant e la segunda sutsegnadra u il segund sutsegnader sco substituziun.

Art. 11 4. inoltraziun

[1] Las propostas electoralas ston arrivar tar la cumissiun regiunala cumpetenta per il circul electoral fin il pli tard il 12avel glindesdi avant il di d'elecziun.

[2] Propostas electoralas inoltradas suenter quest termin na vegnan betg en consideraziun.

[3] La cumissiun regiunala infurmescha immediatamain la Chanzlia chantunala davart las propostas electoralas inoltradas.

Art. 12 5. invista

[1] Las persunas cun dretg da votar dal circul electoral pon prender invista da las propostas electoralas e dals nums da las sutsegnadras e dals sutsegnaders tar la cumissiun regiunala cumpetenta.

Art. 13 6. rectificaziun
a) persunas proponidas pliras giadas

[1] Sch'il num d'ina persuna proponida figurescha sin pliras propostas electoralas d'in circul electoral, al stritga la cumissiun regiunala cumpetenta immediatamain da tut questas propostas electoralas.

[2] La Chanzlia chantunala stritga immediatamain quellas persunas proponidas che figureschan sin propostas electoralas da plirs circuls electorals. Ella communitgescha immediatamain sias stritgadas a las cumissiuns regiunalas dals circuls electorals pertutgads.

Art. 14 b) rectificaziun e propostas da substituziun

[1] La cumissiun regiunala cumpetenta controllescha cuntinuadamain che las propostas electoralas inoltradas adempleschian las pretensiuns formalas, che las candidatas ed ils candidats sajan elegibels, ch'i n'haja naginas candidaturas multiplas e che las suttascripziuns sajan valaivlas.

[2] En cas da mancanzas vegn fixà immediatamain in curt termin, per che la represchentanza da la proposta electorala possia eliminar quellas.

[3] Las persunas proponidas sco substituziun da persunas stritgadas uffizialmain ston confermar en scrit ch'ellas acceptian la proposta electorala.

[4] Sch'ina mancanza na vegn betg eliminada entaifer il termin fixà, è la proposta electorala nunvalaivla. Sche la mancanza concerna mo ina persuna proponida, vegn stritgà sulettamain ses num.

[5] Suenter il 11avel glindesdi avant il di d'elecziun na pon las propostas electoralas betg pli vegnir midadas. Resalvadas restan l'annullaziun uffiziala da candidaturas multiplas constatadas posteriuramain ed adattaziuns da las designaziuns da las glistas tenor l'artitgel 16.

Art. 15 Glistas

[1] Las propostas electoralas rectifitgadas sa numnan glistas. Colliaziuns da glistas èn exclusas.

[2] La cumissiun regiunala cumpetenta transmetta las glistas rectifitgadas il pli tard la 11avla mesemna avant il di d'elecziun a la Chanzlia chantunala per la publicaziun en il Fegl uffizial chantunal.

Art. 16 Gruppas da glistas

[1] Glistas cun la medema designaziun furman en il chantun ina gruppa da glistas.

[2] Las glistas vegnan tractadas sco gruppa da glistas, sche:

a) las represchentanzas da las glistas inoltreschan fin il pli tard la 11avla mesemna avant il di d'elecziun ina declaraziun correspundenta en scrit a la Chanzlia chantunala;
b) las glistas derivan da differents circuls electorals; e
c) las glistas han la medema designaziun.

[3] Sch'ina glista è vegnida inoltrada mo en in circul electoral, vala questa glista medemamain sco gruppa da glistas.

[4] En cooperaziun cun las represchentanzas da las glistas rectifitgescha la Chanzlia chantunala las differenzas tar las designaziuns da las glistas e tar la furmaziun da gruppas da glistas. Sch'i na dat nagina enclegientscha, decida la Chanzlia chantunala.

Art. 17 Numers da las glistas

[1] Las glistas da la medema gruppa da glistas survegnan il medem numer da glista.

[2] Il numer da la glista vegn attribuì da la Chanzlia chantunala cun trair la sort. La sort vegn tratga publicamain.

[3] La Chanzlia chantunala publitgescha las gruppas da glistas e las glistas en il Fegl uffizial chantunal.

Art. 18 Cedels electorals, mussavia electoral

[1] La Chanzlia chantunala prepara per tut las glistas cedels electorals, sin ils quals èn prestampads la designaziun da la glista, il numer d'ordinaziun sco er las indicaziuns davart las candidatas ed ils candidats (num e prenum, annada, designaziun da la professiun sco er lieu da domicil), e plinavant in cedel electoral betg prestampà.

[2] Avant mintga elecziun elavura la Chanzlia chantunala in curt mussavia electoral che vegn consegnà da las vischnancas a las persunas cun dretg da votar ensemen cun ils cedels electorals.

3. Act electoral

Art. 19 Exequir il dretg d'eleger

[1] Mintga persuna cun dretg d'eleger dispona da tantas vuschs sco quai ch'i èn d'eleger deputadas e deputads en ses circul electoral.

[2] Ella po dar sia vusch mo a persunas ch'èn vegnidas proponidas valaivlamain en ses circul electoral.

[3] Per quest intent po ella far diever d'in cedel electoral uffizial prestampà u vid. Il cedel electoral sto vegnir emplenì e midà a maun.

Art. 20 Emplenir il cedel electoral

[1] Tgi che dovra il cedel electoral betg prestampà, po scriver si nums da persunas elegiblas sco er la designaziun d'ina glista e/u il numer d'ordinaziun d'ina glista.

[2] Tgi che dovra in cedel electoral prestampà, po stritgar nums da candidatas e candidats prestampads. La persuna cun dretg d'eleger po scriver si nums da candidatas e candidats che figureschan sin autras glistas dal circul electoral (panaschar). Ella po ultra da quai stritgar il numer d'ordinaziun prestampà e la designaziun da la glista prestampada u remplazzar tras in auter numer respectivamain tras in'autra designaziun.

[3] Il num d'ina medema candidata u d'in medem candidat dastga figurar maximalmain duas giadas sin il cedel electoral (cumular).

Art. 21 Cedels electorals nunvalaivels e vuschs da candidat nunvalaivlas

[1] Cedels electorals èn nunvalaivels, sche:

a) els n'èn betg uffizials;

b) els na cuntegnan betg in num d'ina candidata u d'in candidat dal circul electoral;
c) els èn emplenids u midads en autra moda che a maun;
d) els cuntegnan remartgas ingiuriusas u caracterisaziuns evidentas;
e) las prescripziuns decretadas en chaussa na vegnan betg observadas en cas da la votaziun per correspundenza.

[2] Sco vuschs nunvalaivlas ston vegnir stritgads dal cedel electoral:

a) nums da persunas che na figureschan betg sin ina glista dal circul electoral;
b) repetiziuns da memia, sch'il num d'ina candidata u d'in candidat figurescha dapli che duas giadas sin in cedel electoral.

[3] Sch'in cedel electoral cuntegna dapli nums che quai ch'i èn avant maun sezs, vegnan stritgads ils ultims nums prestampads che n'èn betg cumulads a maun, e suenter ils ultims nums agiuntads a maun.

4. Eruida dals resultats

Art. 22 Vuschs da candidatas e candidats, vuschs da partida

[1] Las candidatas ed ils candidats che figureschan sin il cedel electoral survegnan mintgamai ina vusch da candidata u candidat.

[2] La summa da las vuschs da candidatas e candidats e da las vuschs supplementaras tenor l'artitgel 23 dat las vuschs da partida da mintga glista.

Art. 23 Vuschs supplementaras

[1] Sch'in cedel electoral cuntegna main vuschs da candidatas e candidats valaivlas che deputadas e deputads ch'èn d'eleger en il circul electoral, valan las lingias vidas sco vuschs supplementaras per la glista ch'è inditgada cun sia designaziun u cun ses numer d'ordinaziun sin il cedel electoral. Sche la designaziun u il numer d'ordinaziun manca ubain sch'il cedel electoral cuntegna dapli ch'ina designaziun da glista u dapli ch'in numer d'ordinaziun inoltrà, na valan las lingias vidas betg (vuschs vidas).

[2] Nums che na figureschan betg sin ina glista dal circul electoral, vegnan stritgads. Els vegnan dentant quintads sco vuschs supplementaras, sch'il cedel electoral cuntegna ina designaziun da la glista u in numer d'ordinaziun. Sch'ina designaziun da la glista ed in numer d'ordinaziun mancan, na quintan questas vuschs betg (vuschs vidas).

[3] En cas d'ina cuntradicziun tranter la designaziun da la glista ed il numer d'ordinaziun vala la designaziun da la glista.

Art. 24 Cumpilaziun dals resultats

[1] Il biro electoral da mintga vischnanca sto eruir las suandantas valurs:

a) il dumber da persunas cun dretg d'eleger ed il dumber d'electuras ed electurs;

b) il dumber da cedels electorals valaivels, nunvalaivels e vids.

[2] Sin basa dals cedels electorals valaivels vegni eruì:

a) il dumber da vuschs che las singulas candidatas ed ils singuls candidats han survegnì (vuschs da candidatas e candidats);
b) il dumber da vuschs supplementaras da mintga glista;
c) la summa da las vuschs da candidatas e candidats e da las vuschs supplementaras da mintga glista;
d) il dumber da vuschs vidas.

[3] Quests resultats ston vegnir transmess immediatamain sin via electronica a la Chanzlia chantunala.

[4] Il biro electoral da la vischnanca sto protocollar ils resultats ed inoltrar quest protocol a la Chanzlia chantunala.

Art. 25 Repartiziun dals sezs
1. chaussas generalas

[1] Il Cussegl grond vegn elegì tenor la procedura da l'attribuziun dals sezs proporziunala dubla.

[2] Ils sezs vegnan repartids tras la Chanzlia chantunala.

Art. 26 2. gruppas da glistas, quorum

[1] Ina gruppa da glistas dastga sa participar a la repartiziun dals sezs mo, sche sias glistas cuntanschan ina cifra electorala che correspunda ad ina quota d'almain 3 pertschient electuras ed electurs en l'entir chantun.

Art. 27 3. attribuziun superiura a las gruppas da glistas

[1] Il dumber da vuschs da partida d'ina glista vegn dividì tras il dumber da sezs ch'èn d'occupar en il circul electoral correspundent. Il resultat vegn numnà cifra electorala da la glista.

[2] En mintga gruppa da glistas vegnan quintadas ensemen las cifras electoralas da las glistas. La summa vegn dividida tras la clav electorala chantunala ed arrundada giu u si sin la proxima cifra entira. Il resultat inditgescha il dumber da sezs da la gruppa da glistas respectiva.

[3] La Chanzlia chantunala calculescha la clav electorala chantunala uschia, ch'i vegnan repartids 120 sezs tras la procedura tenor l'alinea 2.

[4] Sch'i resultan pussaivladads d'arrundaziun equivalentas, decida la sort.

Art. 28 4. sutattribuziun a las glistas

[1] Il dumber da vuschs da partida d'ina glista vegn dividì tras il divisur dal circul electoral sco er tras il divisur da la gruppa da glistas ed arrundà giu u si sin la proxima cifra entira. Il resultat inditgescha il dumber da sezs da questa glista.

[2] Sch'il dumber da sezs da la glista cun las pli bleras vuschs en in circul electoral n'importa betg almain 1, vegn quest dumber auzà sin 1 (cundiziun da maiorz).

[3] Sche l'applicaziun da la cundiziun da maiorz chaschuna ina cuntradicziun cun l'alinea 4, sto questa cundiziun vegnir restrenschida uschia, che las cundiziuns da l'alinea 4 vegnan observadas. Sch'i existan pliras pussaivladads equivalentas en quest cas, decida la sort.

[4] La Chanzlia chantunala fixescha in divisur per mintga circul electoral ed in divisur per mintga gruppa da glistas, uschia ch'i resulta il suandant tras la procedura tenor l'alinea 1 fin alinea 3:

a) mintga circul electoral survegn il dumber da sezs attribuids ad el tenor l'artitgel 4;
b) mintga gruppa da glistas survegn il dumber da sezs che la cumpetan tenor l'attribuziun superiura.

[5] Sch'i resultan pussaivladads d'arrundaziun equivalentas, decida la sort.

Art. 29 5. eruida da las persunas elegidas sco er da las suppleantas e dals suppleants

[1] Da mintga glista èn elegids quellas candidatas e quels candidats che han survegnì las pli bleras vuschs a norma dals sezs cuntanschids.

[2] Las candidatas ed ils candidats che n'èn betg elegids èn suppleantas e suppleants per lur glista en la successiun da las vuschs survegnidas.

[3] En cas da paritad da las vuschs decida la sort davart la successiun.

Art. 30 6. sezs supplementars

[1] Sch'i vegnan attribuids ad ina glista dapli sezs che quai ch'i figureschan candidatas e candidats sin la glista, ha lieu in'elecziun cumplementara tenor l'artitgel 32 per ils sezs supplementars.

Art. 31 Remplazzament tras ina suppleanta u in suppleant

[1] Sch'insatgi refusa l'elecziun u sch'ina deputada u in deputà banduna il Cussegl grond avant la scadenza da la durada d'uffizi, declera la Chanzlia chantunala l'emprima suppleanta u l'emprim suppleant sco elegì. Il conclus sto vegnir publitgà en il Fegl uffizial chantunal.

[2] Sche la suppleanta u il suppleant na po u na vul betg surpigliar l'uffizi, vegn ella u el remplazzà tras la proxima persuna sin la glista.

Art. 32 Elecziun cumplementara

[1] Sch'in sez na po betg vegnir occupà tras in remplazzament, pon trais tschintgavels da las sutsegnadras e dals sutsegnaders da la proposta electorala (art. 10), sin la quala figurava la deputada partida u il deputà partì, suttametter ina proposta electorala.

[2] Sche la persuna proponida ademplescha las premissas d'elegibladad, vegn ella declerada da la Regenza sco elegida. Il conclus sto vegnir publitgà en il Fegl uffizial chantunal.

[3] Sch'i na vegn betg fatg diever dal dretg da proponer candidatas e candidats, ordinescha la Regenza in'elecziun dal pievel. Sch'i ston vegnir occupads plirs sezs, vegnan applitgadas las disposiziuns davart la procedura electorala da proporz, uschiglio quellas davart la procedura electorala da maiorz.

[4] Sche la procedura electorala da proporz vegn applitgada en in circul electoral, valan las suandantas particularitads:

a) tut las glistas valan medemamain sco gruppas da glistas;
b) ina glista dastga sa participar a la repartiziun dals sezs mo, sch'ella survegn almain 3 pertschient da tut las vuschs da partida;
c) ina sutattribuziun n'ha betg lieu, perquai che mintga gruppa da glistas cuntegna mo ina glista.

Art. 33 Substituziun temporara

[1] Sch'ina deputada u in deputà è impedì temporarmain da far part dal Cussegl grond, po ina suppleanta u in suppleant sa participar a las sesidas. Las disposiziuns davart il remplazzament tenor l'artitgel 31 valan confurm al senn.

[2] Sch'ina substituziun n'è betg pussaivla tras remplazzament, succeda ella tras persunas sin ulteriuras glistas en la successiun dals resultats da las elecziuns.

[3] La suppleanta u il suppleant sto vegnir communitgà uschè baud sco pussaivel a la cumissiun regiunala cumpetenta, che infurmescha da sia vart immediatamain il Secretariat dal Cussegl grond.

II.

1.
Il relasch "Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun (LDPC)" DG 150.100 (versiun dals 01-02-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 1 al. 1[bis] (nov)

[1bis] Resalvadas restan las prescripziuns spezialas davart l'elecziun da proporz dal Cussegl grond en la Lescha davart l'elecziun dal Cussegl grond.

Art. 2 al. 2 (midà)

[2] Elecziuns regiunalas èn las elecziuns da las commembras e dals commembers dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond en ils circuls electorals tenor la ~~lescha~~**Lescha** davart ~~il cussegl~~ **l'elecziun dal Cussegl** grond sco er las elecziuns da las commembras e dals commembers da las dretgiras regiunalas.

Art. 8 al. 1 (midà)

[1] Las elecziuns e las votaziuns federalas e chantunalas sco er las elecziuns dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond e da las dretgiras regiunalas han lieu en las vischnancas, e quai il medem di ed a l'urna~~. Per las elecziuns dal cussegl grond pon las regiuns er prevesair la votaziun al cumin u a la mastralia~~.

Art. 36 al. 1, **al. 3 (abolì)**

[1] Il biro electoral communitgescha immediatamain ils resultats da la vischnanca:

a) **(midà)** tar elecziuns e tar votaziuns federalas e chantunalas **sco er tar elecziuns da las commembras e dals commembers dal Cussegl grond** a la ~~chanzlia~~**Chanzlia** chantunala;

c) **(midà)** tar ~~las elecziuns da las commembras e dals commembers dal cussegl grond e tar~~ votaziuns en chaussas regiunalas a la ~~cumissiun~~**Cumissiun** regiunala.

[3] *abolì*

Art. 37 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**

[1] ~~Tar~~ **Cun quintar ensemen ils resultats da las vischnancas eruescha la Chanzlia chantunala il resultat chantunal tar** elecziuns e tar votaziuns federalas **e chantunalas** sco er ~~chantunalas eruescha la chanzlia chantunala il resultat chantunal cun summar~~ ils resultats **dals singuls circuls electorals tar elecziuns** da las ~~vischnancas,~~**commembras** e **dals commembers dal Cussegl grond. Ella** fa ~~da quai~~ in protocol **en chaussa**.

[2] Tar elecziuns da la ~~dretgira~~**Dretgira** regiunala è quai chaussa da la ~~dretgira~~ **Dretgira** regiunala, tar ~~las elecziuns da las commembras e dals commembers dal cussegl grond e tar~~ votaziuns en chaussas regiunalas ha la ~~cumissiun~~**Cumissiun** regiunala questa incumbensa.

Art. 42 al. 1 (midà)

[1] Ils resultats totals provisorics da las votaziuns e da las elecziuns chantunalas **sco er da las elecziuns da las commembras e dals commembers dal Cussegl grond** vegnan publitgads immediatamain tras la ~~chanzlia~~**Chanzlia** chantunala, quels da las elecziuns da las dretgiras regiunalas tras las dretgiras regiunalas e quels ~~da las elecziuns da las commembras e dals commembers dal cussegl grond sco er~~ da votaziuns en chaussas regiunalas tras las cumissiuns regiunalas.

Art. 43 al. 2 (midà), **al. 3 (midà)**

[2] Dal rest ordinescha tar elecziuns e tar votaziuns chantunalas ~~la regenza, tar elecziuns da la dretgira regiunala la cumissiun administrativa~~ sco er tar ~~las~~ elecziuns da las commembras e dals commembers dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond **la Regenza, tar elecziuns da la Dretgira regiunala la Cumissiun administrativa** e tar votaziuns en chaussas regiunalas la ~~cumissiun~~**Cumissiun** regiunala ina verificaziun dal scrutini, sch'i existan indizis concrets per irregularitads.

[3] La verificaziun dal scrutini po succeder en in lieu central, tar elecziuns e tar votaziuns chantunalas **sco er tar elecziuns da las commembras e dals commembers dal Cussegl grond** tras la ~~chanzlia~~**Chanzlia** chantunala, tar elecziuns **da las dretgiras regiunalas** e tar votaziuns regiunalas tras la ~~dretgira~~**Dretgira** regiunala respectivamain tras la ~~cumissiun~~**Cumissiun** regiunala u – sin dumonda da quests posts – en las vischnancas.

Art. 44 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**

[1] Sa basond sin ils protocols da las vischnancas u sin in'eventuala verificaziun dal scrutini vegnan ils resultats totals consolidads da las elecziuns e da las votaziuns chantunalas **sco er da las elecziuns da las commembras e dals commembers dal Cussegl grond** publitgads da la ~~chanzlia~~**Chanzlia** chantunala en il ~~fegl~~**Fegl** uffizial ~~dal chantun~~**chantunal** cun in renviament al dretg da recurs.

[2] Tar elecziuns **da las dretgiras regiunalas** e tar votaziuns sin plaun regiunal succeda la publicaziun tras la ~~dretgira~~**Dretgira** regiunala respectivamain tras la ~~cumissiun~~**Cumissiun** regiunala en l'organ da publicaziun respectiv.

Art. 45 al. 1 (midà)

[1] Suenter la scadenza dal termin da recurs u suenter ch'il recurs è liquidà, declera la ~~regenza~~**Regenza** il resultat da las elecziuns dal ~~cussegl~~**Cussegl** dals chantuns e da las votaziuns chantunalas sco definitiv; il ~~cussegl~~**Cussegl** grond fa quai per las elecziuns da **las commembras e dals commembers dal Cussegl grond sco er per las elecziuns da** la ~~regenza~~**Regenza**.

Art. 46 al. 1 (midà)

[1] La persuna che na refusescha betg in'elecziun entaifer otg dis suenter la publicaziun uffiziala dal resultat cun ina communicaziun en scrit a la ~~regenza~~ **Regenza** respectivamain a la ~~cumissiun~~**Cumissiun** administrativa~~ u a la cumissiun regiunala~~, ha acceptà l'elecziun.

2.
Il relasch "Lescha davart il cussegl grond (LCG)" DG 170.100 (versiun dals 01-01-2017) vegn midà sco suonda:

Art. 1
abolì

Art. 2
abolì

Art. 3
abolì

Art. 4
abolì

Art. 5
abolì

Agiuntas
Agiunta 1: Art. 1 al. 2 **(abolì)**

3.
Il relasch "Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun (LDPC)" DG 150.100 (revisiun parziala dals 12-02-2018) vegn midà sco suonda:

Art. 19b al. 1
[1] Fin il pli tard il 14avel glindesdi avant il di d'elecziun sto vegnir publitgà l'invit d'inoltrar propostas electoralas:
b) *Abolì*

Art. 19e al. 1
[1] Las propostas electoralas ston arrivar fin il pli tard il novavel glindesdi avant il di d'elecziun:
b) *Abolì*

III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ. Ella entra en vigur mo, sche la revisiun parziala da la Constituziun chantunala dals … è vegnida acceptada.

Las midadas sut la cifra II.3 en la Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun (LDPC) (revisiun parziala dals 12 da favrer 2018) entran en vigur ensemen cun questa revisiun parziala.

Dal rest fixescha la Regenza il termin da l'entrada en vigur.

Agiunta 1: Divisiun dals circuls electorals ed attribuziun da las vischnancas als circuls electorals (art. 2 al. 1 ed al. 2)

(Versiun dal 1. da schaner 2021)

Las vischnancas èn attribuidas sco suonda als circuls electorals[1]:

Circul electoral	**Vischnancas**
Alvaschagn	Alvra, Vaz
Avras	Avras
Belfort	Lantsch, Schmitten
Bravuogn	Bravuogn Filisur
Bregaglia	Bregaglia
Breil	Breil
Brusio	Brusio
Calanca	Buseno, Calanca, Castaneda, Rossa, Sta. Maria i.C.
Cuira	Cuira
Churwalden	Churwalden, Tschiertschen-Praden
Tavau	Tavau
Cadi	Mustér, Medel (Lucmagn), Sumvitg, Trun, Tujetsch
Tumleastga	Farschno, Giuvaulta, Scharàns, Seglias, Tumleastga
Tschintg Vitgs	Landquart, Trimmis, Vaz Sut, Zizers
Foppa	Falera, Glion, Laax, Sagogn, Schluein, Sursaissa Mundaun
Jenaz	Fideris, Furna, Jenaz
Claustra	Claustra-Serneus
Küblis	Cunter en il Partenz, Küblis
Lumnezia	Lumnezia, Val S. Pieder
Luzein	Luzein
Maiavilla	Fläsch, Jenins, Maiavilla, Malans

[1] Il stadi e las designaziuns da las vischnancas vegnan adattads mintga onn nunformalmain confurm a las fusiuns da vischnancas.

Mesauc	Lostallo, Mesauc, Soazza
Engiadin'Ota	Bever, Schlarigna, Madulain, Puntraschigna, La Punt Chamues-ch, Samedan, San Murezzan, S-chanf, Segl, Silvaplauna, Zuoz
Puschlav	Puschlav
Ramosch	Samignun, Valsot
Razén	Domat, Panaduz, Razén
Valragn	Valragn, Sufers
Roveredo	Cama, Grono, Roveredo, San Vittore
Stussavgia	Val Stussavgia
Schons	Andeer, Farera, Muntogna da Schons, Runtgaglia, Ziràn-Reschen
Scanvetg	Arosa
Schiers	Grüsch, Schiers
Seewis	Seewis
Suot Tasna	Scuol
Sur Tasna	Zernez
Surses	Surses
Tusaun	Cazas, Flearda, Masagn, Tschappina, Tusaun, Urmagn
Trin	Favugn, Flem, Trin, Tumein
Val Müstair	Val Müstair

Costituzione del Cantone dei Grigioni

Modifica del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo: –
Modificato: **110.100**
Abrogato: –

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 101 cpv. 1 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del 24 novembre 2020,

decide:

I.

L'atto normativo "Costituzione del Cantone dei Grigioni" CSC 110.100 (stato 1 gennaio 2018) è modificato come segue:

Art. 27 cpv. 2 (modificato)
[2] L'elezione avviene secondo il sistema ~~maggioritario~~**proporzionale. La legge può prevedere dei quorum e una clausola maggioritaria**.

II.

Nessuna modifica in altri atti normativi.

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente revisione parziale è soggetta a referendum obbligatorio.
Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

Legge sull'elezione del Gran Consiglio (LEGC)

Del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo:	**???.???**
Modificato:	150.100 | 170.100
Abrogato:	–

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti l'art. 27 nonché l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del 24 novembre 2020,

decide:

I.

1. Disposizioni generali

Art. 1 Oggetto, campo d'applicazione

[1] La legge disciplina:

a) la suddivisione del Cantone in circondari elettorali e l'attribuzione dei comuni ai circondari elettorali nell'allegato;
b) la procedura di ripartizione dei seggi in Gran Consiglio tra i circondari elettorali;
c) la procedura di elezione del Gran Consiglio secondo il sistema proporzionale;
d) la supplenza in Gran Consiglio.

[2] Per quanto la presente legge non disponga altrimenti, per lo svolgimento delle elezioni fa stato per analogia la legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni e per questioni riguardanti il sistema elettorale proporzionale fanno stato per analogia le disposizioni della legge federale sui diritti politici.

Art. 2 Suddivisione in circondari elettorali

[1] Per l'elezione del Gran Consiglio il Cantone dei Grigioni è suddiviso nei circondari elettorali secondo l'allegato.

[2] L'attribuzione dei comuni ai circondari elettorali è disciplinata nell'allegato.

[3] L'appartenenza al circondario elettorale di comuni in fase di aggregazione deve essere disciplinata nell'accordo di aggregazione. Se a questa regolamentazione si oppongono motivi gravi oppure i comuni non riescono a trovare un'intesa, decide il Governo in via definitiva. Se ne è interessata più di una regione, esse vanno previamente sentite.

Art. 3 Base per la ripartizione dei seggi

[1] Per la ripartizione dei seggi in Gran Consiglio tra i circondari elettorali è determinante la popolazione svizzera residente permanente dei circondari elettorali in base alla statistica federale della popolazione e delle economie domestiche (STATPOP), la quale viene pubblicata ogni volta nell'anno che precede le elezioni.

Art. 4 Metodo di ripartizione

[1] I 120 seggi del Gran Consiglio sono ripartiti tra i circondari elettorali nel modo seguente:

a) Ripartizione preliminare:
   1. Il totale della popolazione svizzera residente è diviso per 120. Il quoziente arrotondato al numero intero immediatamente superiore è quello determinante per la ripartizione preliminare. Ogni circondario elettorale la cui popolazione è inferiore a questo quoziente ottiene un seggio ed è escluso dalla ripartizione successiva.
   2. Il totale della popolazione svizzera residente dei rimanenti circondari elettorali è diviso per il numero dei seggi non ancora assegnati. Il quoziente arrotondato al numero intero immediatamente superiore è quello determinante per la seconda ripartizione. Ogni circondario elettorale la cui popolazione è inferiore a questo quoziente ottiene un seggio ed è escluso dalla ripartizione successiva.
   3. L'operazione di cui al numero 2 viene ripetuta fino a quando viene trovato un quoziente di ripartizione raggiunto da tutti i circondari elettorali rimanenti.

b) Ripartizione principale: ogni circondario elettorale rimanente ottiene tanti seggi quante volte l'ammontare della sua popolazione contiene l'ultimo quoziente.

c) Ripartizione completiva: i seggi rimanenti sono ripartiti tra i circondari elettorali che ottengono i resti maggiori. Se più circondari elettorali ottengono resti uguali, sono dapprima esclusi quelli che hanno ottenuto i resti minori dalla divisione della loro popolazione per il primo quoziente determinante. Se vi è ancora parità si procede a sorteggio.

Art. 5 Pubblicazione

[1] Prima delle elezioni il Governo pubblica nel Foglio ufficiale cantonale il numero dei deputati da eleggere in ogni circondario elettorale.

Art. 6 Ricorsi contro elezioni

[1] La Segreteria del Gran Consiglio sottopone immediatamente al presidente dell'ufficio elettorale per parere il ricorso pervenuto alla Cancelleria dello Stato, ordina se necessario ulteriori accertamenti e presenta gli atti alla Commissione di giustizia e sicurezza.

[2] Questa presenta al Gran Consiglio, in occasione della sua prima seduta, una proposta di decisione motivata.

[3] I deputati la cui nomina è contestata possono prendere parte alle sedute fino all'evasione del ricorso da parte del Gran Consiglio. Al momento della trattazione essi sono tenuti a ricusarsi.

2. Preparazione delle elezioni

Art. 7 Invito

[1] Il Governo pubblica nel Foglio ufficiale cantonale, entro il sedicesimo lunedì precedente il giorno dell'elezione, l'invito a presentare proposte di candidatura presso il comitato regionale competente per il circondario elettorale.

Art. 8 Proposte di candidatura
1. Contenuto

[1] Una proposta di candidatura può contenere al massimo un numero di nomi di persone eleggibili pari al numero di seggi da assegnare nel circondario elettorale e non può contenere lo stesso nome più di due volte. Se una proposta di candidatura contiene un numero di nomi maggiore, gli ultimi sono stralciati.

[2] Le proposte di candidatura devono indicare per ogni persona proposta:

a) il cognome e il nome ufficiali;
b) il cognome e il nome con i quali la persona è politicamente o comunemente conosciuta;
c) il sesso;
d) la data di nascita;
e) l'indirizzo;

f) la professione.

[3] Ogni persona proposta deve dichiarare per iscritto che accetta la proposta di candidatura. Se tale dichiarazione manca, il suo nome è stralciato.

Art. 9 2. Denominazione

[1] Ogni proposta di candidatura deve recare una denominazione che la distingua dalle altre.

Art. 10 3. Sottoscrizione

[1] Ogni proposta di candidatura deve essere firmata di proprio pugno da dieci aventi diritto di voto domiciliati nel circondario elettorale.

[2] Una persona avente diritto di voto non è autorizzata a firmare più di una proposta di candidatura. Una volta presentata la proposta di candidatura, la firma non può più essere ritirata.

[3] I firmatari devono designare una persona quale rappresentante della proposta di candidatura e una quale supplente. Se vi rinunciano, il primo firmatario è considerato il rappresentante, il secondo il suo supplente.

Art. 11 4. Inoltro

[1] Le proposte di candidatura devono pervenire al comitato regionale competente per il circondario elettorale entro il dodicesimo lunedì precedente il giorno dell'elezione.

[2] Le proposte di candidatura presentate dopo questo termine non entrano in considerazione.

[3] Il comitato regionale informa immediatamente la Cancelleria dello Stato riguardo alle proposte di candidatura inoltrate.

Art. 12 5. Consultazione

[1] Gli aventi diritto di voto del circondario elettorale possono prendere visione delle proposte di candidatura e dei nomi dei firmatari presso il comitato regionale competente.

Art. 13 6. Rettifica
a) Persone proposte il cui nome figura su più di una proposta di candidatura

[1] Se il nome di una persona proposta figura su più di una proposta di candidatura di un circondario elettorale, il comitato regionale competente lo stralcia immediatamente da tutte le proposte di candidatura.

[2] La Cancelleria dello Stato stralcia immediatamente quelle persone proposte il cui nome figura su proposte di candidatura provenienti da diversi circondari elettorali. Essa notifica senza indugio gli stralci ai comitati regionali dei circondari elettorali interessati.

Art. 14 b) Rettifica e proposte sostitutive

[1] Il comitato regionale competente verifica progressivamente le proposte di candidatura pervenute riguardo ai requisiti formali, all'eleggibilità dei candidati, a candidature plurime e alla validità delle firme.

[2] In caso di vizi, al rappresentante della proposta di candidatura viene fissato immediatamente un breve termine per l'eliminazione degli stessi.

[3] Le persone che vengono proposte quali sostituti per persone stralciate d'ufficio devono confermare per iscritto che accettano la proposta di candidatura.

[4] Se un vizio non viene eliminato entro il termine fissato, la proposta di candidatura è nulla. Se il vizio concerne una sola persona proposta, viene cancellato soltanto il nome di questa persona.

[5] Dopo l'undicesimo lunedì precedente la data dell'elezione le proposte di candidatura non possono più essere mutate. Sono fatti salvi l'annullamento ufficiale di candidature plurime scoperte successivamente e gli adeguamenti in relazione alle denominazioni di lista secondo l'articolo 16.

Art. 15 Liste

[1] Le proposte di candidatura definitivamente stabilite prendono il nome di liste. Le congiunzioni di liste sono escluse.

[2] Il comitato regionale competente trasmette le liste rettificate entro l'undicesimo mercoledì precedente il giorno dell'elezione alla Cancelleria dello Stato per la pubblicazione nel Foglio ufficiale cantonale.

Art. 16 Gruppi di liste

[1] Nel Cantone, le liste recanti la stessa denominazione formano un gruppo di liste.

[2] Le liste vengono trattate come gruppo di liste se:

a) i rappresentanti delle liste inoltrano entro l'undicesimo mercoledì precedente il giorno dell'elezione una relativa dichiarazione scritta alla Cancelleria dello Stato;
b) le liste provengono da circondari elettorali diversi; e se
c) le liste recano la stessa denominazione.

[3] Se una lista è stata inoltrata soltanto in un circondario elettorale, anche questa lista è considerata come gruppo di liste.

[4] In collaborazione con i rappresentanti delle liste, la Cancelleria dello Stato rettifica le differenze riguardo alle denominazioni di lista e in relazione alla creazione di gruppi di liste. Se non si raggiunge un accordo, decide la Cancelleria dello Stato.

Art. 17 Numeri di lista

[1] Le liste dello stesso gruppo di liste vengono provviste dello stesso numero di lista.

[2] Il numero di lista viene attribuito mediante sorteggio dalla Cancelleria dello Stato. Il sorteggio è pubblico.

[3] La Cancelleria dello Stato pubblica nel Foglio ufficiale cantonale i gruppi di liste e le liste.

Art. 18 Scheda elettorale, guida elettorale

[1] Per tutte le liste, la Cancelleria dello Stato allestisce schede elettorali in cui sono prestampati la denominazione della lista, il numero progressivo e i dati personali dei candidati (cognome e nome, anno di nascita, professione e indirizzo), come anche una scheda non prestampata.

[2] Prima di ogni elezione la Cancelleria dello Stato allestisce una breve guida elettorale che i comuni devono consegnare agli aventi diritto di voto unitamente alle schede elettorali.

3. Operazione elettorale

Art. 19 Esercizio del diritto di elezione

[1] Ogni persona avente diritto di elezione dispone di un numero di voti pari al numero di membri del Gran Consiglio da eleggere nel proprio circondario elettorale.

[2] Essa può dare il proprio voto soltanto a persone il cui nome figura su proposte di candidatura valide nel proprio circondario elettorale.

[3] A tale scopo può utilizzare una scheda elettorale prestampata ufficiale o una scheda bianca ufficiale. Le schede devono essere compilate e modificate a mano.

Art. 20 Compilazione della scheda elettorale

[1] L'elettore che usa la scheda non prestampata può inserirvi i nomi di persone eleggibili e indicarvi la denominazione e/o il numero progressivo di una lista.

[2] L'elettore che usa una scheda elettorale prestampata può stralciare i nomi prestampati di candidati. Egli può iscrivervi i nomi di candidati che figurano su altre liste del circondario elettorale (panachage). Può inoltre cancellare o sostituire i numeri progressivi e le denominazioni di lista prestampati.

[3] Il nome dello stesso candidato può essere indicato al massimo due volte (cumulazione).

Art. 21 Schede nulle e voti nulli

[1] Le schede sono nulle se:

a) non sono quelle ufficiali;
b) non contengono alcun nome di candidati del circondario elettorale;
c) sono compilate o modificate non a mano;
d) contengono espressioni ingiuriose o contrassegni manifesti;
e) in caso di voto per corrispondenza non sono state rispettate le prescrizioni in materia.

[2] Dalla scheda elettorale devono essere stralciati quali voti nulli:

a) i nomi di persone che non figurano su alcuna lista del circondario elettorale;
b) i voti in soprannumero, se il nome di un candidato viene indicato più di due volte.

[3] Se la scheda elettorale contiene più nomi di quanti sono i seggi da assegnare, sono stralciati gli ultimi nomi prestampati e non cumulati a mano, e in seguito gli ultimi nomi aggiunti a mano.

4. Rilevamento dei risultati

Art. 22 Voti personali e di partito

[1] Ognuno dei candidati figuranti su una scheda elettorale riceve un voto personale.

[2] La somma dei voti personali e dei voti di complemento secondo l'articolo 23 corrisponde al numero di voti di partito di ciascuna lista.

Art. 23 Voti di complemento

[1] Se una scheda elettorale contiene un numero di voti personali validi inferiore al numero di membri del Gran Consiglio da eleggere nel circondario elettorale, le righe lasciate in bianco valgono quali voti di complemento per la lista la cui denominazione o il cui numero progressivo è indicato sulla scheda elettorale. Se manca una tale denominazione o un tale numero progressivo o se è indicata più di una delle denominazioni o dei numeri progressivi depositati, le righe lasciate in bianco non contano (voti in bianco).

[2] I nomi che non figurano su alcuna lista del circondario elettorale sono stralciati. Essi sono considerati tuttavia come voti di complemento se la scheda elettorale reca una denominazione di lista o un numero progressivo. Se manca una tale denominazione o un tale numero progressivo, questi voti non contano (voti in bianco).

[3] Se vi è contraddizione tra la denominazione e il numero progressivo fa stato la denominazione della lista.

Art. 24 Compilazione dei risultati

[1] L'ufficio elettorale di ogni comune deve determinare i seguenti valori:

a) il numero degli aventi diritto di voto e degli elettori;
b) il numero delle schede elettorali valide, nulle e bianche.

[2] Sulla base delle schede elettorali valide vengono determinati:

a) il numero di voti ottenuti dai singoli candidati (voti personali);
b) il numero dei voti di complemento di ogni lista;
c) la somma dei voti personali e di complemento di ogni lista;
d) il numero dei voti in bianco.

[3] Questi risultati devono essere trasmessi immediatamente per via elettronica alla Cancelleria dello Stato.

[4] L'ufficio elettorale del comune deve annotare i risultati in un verbale che deve essere inoltrato alla Cancelleria dello Stato.

Art. 25 Ripartizione dei seggi
1. In generale

[1] L'elezione del Gran Consiglio viene svolta secondo la procedura di assegnazione dei seggi biproporzionale.

[2] La ripartizione dei seggi viene effettuata dalla Cancelleria dello Stato.

Art. 26 2. Gruppi di liste, quorum

[1] Un gruppo di liste partecipa alla ripartizione dei seggi solo se le sue liste raggiungono un numero di elettori che a livello cantonale corrisponde a una quota di elettori pari ad almeno il 3 per cento.

Art. 27 3. Sovraripartizione tra i gruppi di liste

[1] Il numero di voti di partito di una lista è diviso per il numero dei seggi da assegnare nel circondario elettorale in questione. Il risultato è detto numero di elettori della lista.

[2] In ogni gruppo di liste viene sommato il numero di elettori delle liste. La somma è divisa per la chiave di ripartizione cantonale e arrotondata al numero intero più vicino. Il risultato definisce il numero di seggi spettanti al gruppo di liste in questione.

[3] La Cancelleria dello Stato calcola la chiave di ripartizione cantonale in modo tale che procedendo in conformità al capoverso 2 vengano assegnati 120 seggi.

[4] Se risultano possibilità di arrotondamento equivalenti decide la sorte.

Art. 28 4. Sottoripartizione tra le liste

[1] Il numero di voti di partito ottenuti da una lista viene diviso per il divisore del circondario elettorale nonché per il divisore del gruppo di liste e arrotondato al numero intero più vicino. Il risultato definisce il numero di seggi spettanti a questa lista.

[2] Se il numero di seggi spettanti alla lista che ha ottenuto il maggior numero di voti in un circondario elettorale non corrisponde almeno a uno, tale numero viene aumentato a uno (clausola maggioritaria).

[3] Se l'applicazione della clausola maggioritaria porta a una contraddizione con il capoverso 4, essa deve essere limitata in modo tale che vengano rispettate le condizioni di cui al capoverso 4. Se per questo esistono più possibilità equivalenti decide la sorte.

[4] La Cancelleria dello Stato stabilisce un divisore del circondario elettorale per ogni circondario elettorale e un divisore del gruppo di liste per ogni gruppo di liste in modo tale che procedendo in conformità ai capoversi da 1 a 3:

a) a ogni circondario elettorale venga assegnato il numero di seggi attribuitogli secondo l'articolo 4;

b) a ogni gruppo di liste venga assegnato il numero di seggi spettantegli secondo la sovraripartizione.

[5] Se risultano possibilità di arrotondamento equivalenti decide la sorte.

Art. 29 5. Accertamento delle persone elette e dei subentranti

[1] Fra i candidati di una stessa lista sono eletti, nei limiti dei seggi ottenuti, coloro che hanno ottenuto il maggior numero di voti.

[2] I candidati non eletti fungono da subentranti per la loro lista nell'ordine dei voti ottenuti.

[3] In caso di parità di voti l'ordine è deciso dalla sorte.

Art. 30 6. Seggi in soprannumero

[1] Se a una lista è assegnato un numero di seggi superiore a quello dei suoi candidati, per i seggi in soprannumero si procede a un'elezione complementare secondo l'articolo 32.

Art. 31 Subentro

[1] Se un candidato rifiuta la nomina o un membro del Gran Consiglio lascia la carica prima della scadenza del mandato, la Cancelleria dello Stato proclama eletto il primo subentrante. La decisione deve essere pubblicata nel Foglio ufficiale cantonale.

[2] Il subentrante che non può o non vuole accettare il mandato è sostituito da quello seguente.

Art. 32 Elezione complementare

[1] Se un seggio divenuto vacante non può essere assegnato mediante il subentro, tre quinti dei firmatari della proposta di candidatura (art. 10) su cui figurava il membro del Gran Consiglio da sostituire possono presentare una proposta di candidatura.

[2] Se la persona proposta soddisfa i requisiti di eleggibilità, il Governo la proclama eletta. La decisione deve essere pubblicata nel Foglio ufficiale cantonale.

[3] Se non viene fatto uso del diritto di proposta, il Governo dispone un'elezione popolare nel circondario elettorale in questione. Se devono essere assegnati più seggi, si applicano le disposizioni relative al sistema proporzionale, altrimenti quelle relative al sistema maggioritario.

[4] Se in un circondario elettorale si applica il sistema proporzionale, valgono le seguenti particolarità:

a) tutte le liste sono considerate anche come gruppi di liste;
b) una lista prende parte alla ripartizione dei seggi solo se ottiene almeno il 3 per cento di tutti i voti di partito;
c) una sottoripartizione viene meno perché ogni gruppo di liste contiene una sola lista.

Art. 33 Supplenza temporanea

[1] Se un membro del Gran Consiglio è temporaneamente impossibilitato a partecipare alle sedute del Gran Consiglio, vi può partecipare un subentrante. Fanno stato per analogia le disposizioni relative al subentro secondo l'articolo 31.

[2] Se una supplenza tramite subentro non è possibile, essa viene garantita da persone figuranti su altre liste nell'ordine del risultato elettorale ottenuto.

[3] La supplenza deve essere comunicata il prima possibile al comitato regionale competente, il quale a sua volta informa immediatamente la Segreteria del Gran Consiglio.

II.

1.
L'atto normativo "Legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni (LDPC)" CSC 150.100 (stato 1 febbraio 2016) è modificato come segue:

Art. 1 cpv. 1bis (nuovo)

[1bis] Sono fatte salve le prescrizioni particolari concernenti l'elezione del Gran Consiglio secondo il sistema proporzionale contenute nella legge sull'elezione del Gran Consiglio.

Art. 2 cpv. 2 (modificato)

[2] Sono elezioni regionali le elezioni dei membri del Gran Consiglio nei circondari elettorali conformemente alla legge ~~sul~~ **sull'elezione del** Gran Consiglio~~,~~ nonché le elezioni dei membri dei tribunali regionali.

Art. 8 cpv. 1 (modificato)

[1] Le elezioni e votazioni federali e cantonali~~,~~ nonché le elezioni del Gran Consiglio e dei tribunali regionali hanno luogo nel comune lo stesso giorno con voto alle urne~~. Per le elezioni del Gran Consiglio, le regioni possono prevedere anche il voto per alzata di mano nell'assemblea popolare dei cittadini~~.

Art. 36 cpv. 1, **cpv. 3 (abrogato)**

[1] L'ufficio elettorale comunica immediatamente i risultati comunali:

a) **(modificata)** alla Cancelleria dello Stato in caso di elezioni e votazioni federali e cantonali **nonché in caso di elezioni dei membri del Gran Consiglio**;
c) **(modificata)** al comitato regionale in caso di ~~elezioni dei membri del Gran Consiglio e di~~ votazioni in affari regionali.

[3] *Abrogato*

Art. 37 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**

[1] ~~La~~ **Sommando i risultati comunali, la** Cancelleria dello Stato determina il risultato cantonale ~~delle~~ **in caso di** elezioni e votazioni federali e cantonali ~~addizionando~~ **nonché** i risultati ~~comunali e~~ **dei singoli circondari elettorali in caso di elezioni dei membri del Gran Consiglio. Essa** redige un verbale **al riguardo**.

[2] In caso di elezioni del tribunale regionale il compito spetta al tribunale regionale~~, in caso di elezioni dei membri del Gran Consiglio~~ e in caso di votazioni in affari regionali il compito spetta al comitato regionale.

Art. 42 cpv. 1 (modificato)

[1] I risultati provvisori delle elezioni e delle votazioni cantonali **nonché quelli delle elezioni dei membri del Gran Consiglio** vengono pubblicati immediatamente dalla Cancelleria dello Stato, quelli delle elezioni dei tribunali regionali dal tribunale regionale e quelli ~~dell'elezione dei membri del Gran Consiglio, nonché~~ delle votazioni in affari regionali dal comitato regionale.

Art. 43 cpv. 2 (modificato), **cpv. 3 (modificato)**

[2] Per il resto, se sussistono indizi concreti di irregolarità, un secondo conteggio viene ordinato dal Governo in caso di elezioni e votazioni cantonali~~,~~ **nonché in caso di elezioni dei membri del Gran Consiglio,** dalla commissione amministrativa in caso di elezioni ~~del tribunale regionale, nonché~~**dei tribunali regionali e** dal comitato regionale in caso di ~~elezioni dei membri del Gran Consiglio e di~~ votazioni in affari regionali.

[3] Il secondo conteggio può venire eseguito ~~a livello centrale~~**in modo centralizzato** dalla Cancelleria dello Stato in caso di elezioni e votazioni cantonali **nonché in caso di elezioni dei membri del Gran Consiglio**, dal tribunale regionale ~~rispettivamente~~ **o** dal comitato regionale in caso di elezioni ~~e~~ **dei tribunali regionali rispettivamente di** votazioni a livello regionale, oppure nei comuni su disposizione di questi ~~uffici~~ **organi**.

Art. 44 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**

[1] In base ai verbali dei comuni o ~~ad~~**a** un eventuale secondo conteggio i risultati consolidati delle elezioni e delle votazioni cantonali **nonché quelli delle elezioni dei membri del Gran Consiglio** vengono pubblicati dalla Cancelleria dello Stato nel Foglio ufficiale cantonale con l'indicazione relativa al diritto di ricorso.

[2] In caso di elezioni **dei tribunali regionali** e **di** votazioni a livello regionale la pubblicazione compete al tribunale regionale rispettivamente al comitato regionale nel rispettivo organo di pubblicazione.

Art. 45 cpv. 1 (modificato)

[1] Scaduto il termine d'impugnazione o evasi i ricorsi, il Governo accerta in modo vincolante il risultato delle elezioni del Consiglio degli Stati e delle votazioni cantonali e il Gran Consiglio quello delle elezioni dei **membri del Gran Consiglio nonché delle elezioni dei** Consiglieri di Stato.

Art. 46 cpv. 1 (modificato)

[1] Ha accettato la nomina chi entro otto giorni dalla pubblicazione ufficiale del risultato non la declina con comunicazione scritta al Governo rispettivamente alla commissione amministrativa ~~o al comitato regionale~~.

2.
L'atto normativo "Legge sul Gran Consiglio (LGC)" CSC 170.100 (stato 1 gennaio 2017) è modificato come segue:

Art. 1
Abrogato

Art. 2
Abrogato

Art. 3
Abrogato

Art. 4
Abrogato

Art. 5
Abrogato

Allegati
Allegato 1: art. 1 cpv. 2 **(abrogato)**

3.
L'atto normativo "Legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni (LDPC)" CSC 150.100 (revisione parziale del 12 febbraio 2018) è modificato come segue:

Art. 19b cpv. 1

[1] Entro il quattordicesimo lunedì precedente la data dell'elezione deve essere pubblicato l'invito all'inoltro di proposte di candidatura:

b) *abrogata*

Art. 19e cpv. 1

[1] Le proposte di candidatura devono pervenire entro il nono lunedì precedente la data dell'elezione:

b) *abrogata*

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente legge è soggetta a referendum facoltativo. Essa entra in vigore soltanto in caso di approvazione della revisione parziale della Costituzione cantonale del ….

Le modifiche in altri atti normativi di cui al punto II.3. concernenti la revisione parziale della legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni (LDPC) del 12 febbraio 2018 entrano in vigore contemporaneamente a questa revisione parziale.

Per il resto il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

Allegato 1: Suddivisione in circondari elettorali e attribuzione dei comuni ai circondari elettorali (art. 2 cpv. 1 e cpv. 2)

(Stato 1° gennaio 2021)

I comuni sono attribuiti ai circondari elettorali come segue[1]:

Circondario elettorale	Comuni
Alvaschein	Albula/Alvra, Vaz/Obervaz
Avers	Avers
Belfort	Lantsch/Lenz, Schmitten (GR)
Bergün	Bergün Filisur
Bregaglia	Bregaglia
Breil/Brigels	Breil/Brigels
Brusio	Brusio
Calanca	Buseno, Calanca, Castaneda, Rossa, Sta. Maria i.C.
Coira	Coira
Churwalden	Churwalden, Tschiertschen-Praden
Davos	Davos
Disentis	Disentis/Mustér, Medel (Lucmagn), Sumvitg, Trun, Tujetsch
Domleschg	Domleschg, Fürstenau, Rothenbrunnen, Scharans, Sils im Domleschg
Fünf Dörfer	Landquart, Trimmis, Untervaz, Zizers
Ilanz	Falera, Ilanz/Glion, Laax, Obersaxen Mundaun, Sagogn, Schluein
Jenaz	Fideris, Furna, Jenaz
Klosters	Klosters-Serneus
Küblis	Conters im Prättigau, Küblis
Lumnezia/Lugnez	Lumnezia, Vals
Luzein	Luzein

[1] Lo stato e le designazioni dei comuni vengono adeguati ogni anno in modo informale in base alle aggregazioni di comuni.

Maienfeld	Fläsch, Jenins, Maienfeld, Malans
Mesocco	Lostallo, Mesocco, Soazza
Engadina Alta	Bever, Celerina/Schlarigna, Madulain, Pontresina, La Punt Chamues-ch, Samedan, St. Moritz, S-chanf, Sils im Engadin/Segl, Silvaplana, Zuoz
Poschiavo	Poschiavo
Ramosch	Samnaun, Valsot
Rhäzüns	Bonaduz, Domat/Ems, Rhäzüns
Rheinwald	Rheinwald, Sufers
Roveredo	Cama, Grono, Roveredo (GR), San Vittore
Safien	Safiental
Schams	Andeer, Ferrera, Muntogna da Schons, Rongellen, Zillis-Reischen
Schanfigg	Arosa
Schiers	Grüsch, Schiers
Seewis	Seewis im Prättigau
Suot Tasna	Scuol
Sur Tasna	Zernez
Surses	Surses
Thusis	Cazis, Flerden, Masein, Thusis, Tschappina, Urmein
Trins	Felsberg, Flims, Tamins, Trin
Val Müstair	Val Müstair

Auszug Geltendes Recht

Verfassung des Kantons Graubünden

Vom 14. September 2003 (Stand 1. Januar 2018)

Wir, das Volk des Kantons Graubünden,

im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott sowie gegenüber den Mitmenschen und der Natur,
im Bestreben, Freiheit, Frieden und Menschenwürde zu schützen, Demokratie und Rechtsstaat zu gewährleisten, Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit zu fördern und eine gesunde Umwelt für die künftigen Generationen zu erhalten,
in der Absicht, die Dreisprachigkeit und kulturelle Vielfalt zu fördern
und als Teil des geschichtlichen Erbes zu bewahren,

geben uns folgende Verfassung[1)]:

4. Behörden und Gerichte

4.2. DER GROSSE RAT

4.2.1. Organisation

Art. 27 Zusammensetzung und Wahl

[1] Der Grosse Rat besteht aus 120 Mitgliedern.

[2] Die Wahl erfolgt nach dem Mehrheitswahlverfahren.

[3] Der Kanton ist in höchstens 39 Wahlkreise eingeteilt. Das Gesetz regelt die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den Wahlkreisen sowie die Auswirkungen von Gemeindezusammenschlüssen auf die Anzahl der Wahlkreise. *****

[4] Die Sitze werden entsprechend der schweizerischen Wohnbevölkerung auf die Wahlkreise verteilt.

[5] Das Gesetz regelt die Stellvertretung.

[1)] B vom 15. Januar 2002, 479; GRP 2002/2003; 216 und 346 (1. Lesung) und 464 und 690 (2. Lesung); Gewährleistung vom 15. Juni 2004, BBL 2004, 3643

***** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)

Vom 17. Juni 2005 (Stand 1. Februar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 9 Abs. 3, Art. 21 Abs. 2 und 3 sowie Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Januar 2005[3)],

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

1.1. GELTUNGSBEREICH UND GEGENSTAND

Art. 1 Geltungsbereich

[1] Das Gesetz regelt:

a) * die Wahlen und Abstimmungen in kantonalen und regionalen Angelegenheiten;
b) die Ausübung des Referendums- und Initiativrechts in kantonalen Angelegenheiten;
c) * die Ausübung des Initiativrechts in Regions- und Gemeindeangelegenheiten.

[2] Auf die eidgenössischen Abstimmungen und die Nationalratswahlen sowie die Ausübung des Referendums- und Initiativrechts in eidgenössischen Angelegenheiten ist das Gesetz anwendbar, soweit das Bundesrecht die Ordnung des Verfahrens den Kantonen überlässt.

[3] Sinngemäss Anwendung findet das Gesetz auf Abstimmungen und Wahlen in kommunalen Angelegenheiten, soweit das Gemeinderecht nichts bestimmt.

---

1) GRP 2005/2006, 144
2) BR 110.100
3) Seite 3

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 2 Begriffe

[1] Kantonale Wahlen sind die Regierungs- und Ständeratswahlen. *****

[2] Regionale Wahlen sind die Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates in den Wahlkreisen gemäss Gesetz über den Grossen Rat sowie die Wahlen der Mitglieder der Regionalgerichte. *****

[3] … *****

2. Wahlen und Abstimmungen

2.1. WAHL- UND ABSTIMMUNGSORGANISATION

Art. 8 Abstimmungsort, -tag und -art

[1] Die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die Grossrats- und Regionalgerichtswahlen werden gemeindeweise am gleichen Tag an der Urne durchgeführt. Die Regionen können für die Grossratswahlen auch die Stimmabgabe an der Landsgemeinde vorsehen. *****

[2] Die Wahlen und Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten werden gemeindeweise am gleichen Tag durchgeführt. *****

2.5. ERMITTLUNG DES WAHL- UND ABSTIMMUNGSERGEBNISSES

Art. 36 Meldung der Ergebnisse

[1] Das Stimmbüro meldet unverzüglich die Gemeindeergebnisse: *****

a) bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen der Standeskanzlei;
b) ***** bei Regionalgerichtswahlen dem Regionalgericht;
c) ***** bei den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und den Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten dem Regionalausschuss.
d) ***** …

[2] Das Stimmbüro erstellt zudem für jeden Urnengang ein Protokoll mit den Angaben gemäss Artikel 32 und übermittelt diese sowie die Wahl- oder Stimmzettel unverzüglich den zuständigen Stellen.

[3] Die Regionalausschüsse melden der Standeskanzlei am Wahltag unverzüglich telefonisch und am nächsten Tag auch noch schriftlich die Ergebnisse der Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates. *****

[4] Die Regionalgerichte melden der Standeskanzlei am Tag nach der Wahl schriftlich die Ergebnisse der Regionalgerichtswahlen. *****

Art. 37 Zusammenfassung der Gemeindeergebnisse

[1] Die Standeskanzlei ermittelt durch Zusammenzählen der Gemeindeergebnisse das kantonale Ergebnis bei eidgenössischen sowie kantonalen Wahlen und Abstimmungen und fertigt darüber ein Protokoll aus.

[2] Bei Wahlen des Regionalgerichts kommt die Aufgabe dem Regionalgericht, bei den Wahlen der Mitglieder des Grossen Ratens und bei Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten dem Regionalausschuss zu. *****

2.6. ABSCHLUSS DES VERFAHRENS

Art. 42 Veröffentlichung
1. Vorläufiges Ergebnis

[1] Die vorläufigen Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen werden von der Standeskanzlei, jene der Wahlen der Regionalgerichte vom Regionalgericht und jene der Wahl der Mitglieder des Grossen Rates sowie der Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten vom Regionalausschuss unverzüglich öffentlich bekanntgegeben. *****

Art. 43 2. Nachzählung

[1] Beträgt beim ermittelten vorläufigen Gesamtergebnis einer Wahl oder Abstimmung die Differenz der Stimmen zwischen der letzten gewählten und der ersten nicht gewählten Person beziehungsweise zwischen den Ja- und Nein-Stimmen weniger als 0,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmzettel, hat von Amtes wegen eine Nachzählung zu erfolgen.

[2] Im Übrigen ordnet bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen die Regierung, bei Regionalgerichtswahlen die Verwaltungskommission sowie bei Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und bei Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten der Regionalausschuss eine Nachzählung an, wenn konkrete Anhaltspunkte für Unregelmässigkeiten bestehen. *****

[3] Die Nachzählung kann zentral, bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen durch die Standeskanzlei, bei regionalen Wahlen und Abstimmungen durch das Regionalgericht beziehungsweise den Regionalausschuss vorgenommen werden oder, auf Anordnung dieser Stellen, in den Gemeinden erfolgen. *****

Art. 44 3. Konsolidiertes Ergebnis

[1] Gestützt auf die Protokolle der Gemeinden oder einer allfälligen Nachzählung werden die konsolidierten Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen unter Hinweis auf das Beschwerderecht durch die Standeskanzlei im Kantonsamtsblatt veröffentlicht.

[2] Bei Wahlen und Abstimmungen auf regionaler Ebene erfolgt die Veröffentlichung durch das Regionalgericht beziehungsweise durch den Regionalausschuss im jeweiligen Publikationsorgan. *

Art. 45 Erwahrung

[1] Nach Ablauf der Beschwerdefrist oder nach Erledigung der Beschwerde stellt die Regierung das Ergebnis der Ständeratswahlen und kantonalen Abstimmungen und der Grosse Rat dasjenige der Regierungsratswahlen verbindlich fest.

Art. 46 Annahme der Wahl

[1] Wer eine Wahl nicht binnen acht Tagen seit der amtlichen Bekanntgabe des Ergebnisses durch schriftliche Mitteilung an die Regierung beziehungsweise die Verwaltungskommission oder den Regionalausschuss ablehnt, hat sie angenommen. *

[2] Die Annahme gilt bei Unvereinbarkeit zwischen zwei Ämtern als Verzicht auf das bisherige, mit dem neuen nicht vereinbaren Amt.

[3] Wenn mehrere Personen gleichzeitig in eine Behörde gewählt werden, der sie nicht zur gleichen Zeit angehören dürfen, ist die Wahl für diejenige gültig, die bisher im Amt war oder bei gleichzeitiger Neuwahl mehr Stimmen auf sich vereinigt. Bei einer Ersatzwahl hat die bereits im Amte stehende Person gegenüber der neu gewählten den Vorrang.

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)

Vom 8. Dezember 2005 (Stand 1. Januar 2017)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 27 Abs. 5, 28 Abs. 3, 31, 32 Abs. 3 und 49 Abs. 2 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 19. September 2005,

beschliesst:

1. Wahl und Konstituierung

Art. 1 Grundlage der Verteilung

[1] Für die Verteilung der Grossratssitze auf die Wahlkreise ist massgebend die schweizerische Wohnbevölkerung der Wahlkreise aufgrund der eidgenössischen Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes, die jeweils im Jahr vor den Wahlen publiziert wird. *

[2] Die Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen ist im Anhang geregelt. *

[3] Die Zugehörigkeit zum Wahlkreis von sich zusammenschliessenden Gemeinden ist in der Fusionsvereinbarung zu regeln. Stehen wichtige Gründe dieser Regelung entgegen oder können sich die Gemeinden nicht einigen, entscheidet die Regierung endgültig. Ist mehr als eine Region betroffen, so sind diese vorgängig anzuhören. *

1) GRP 2005/2006, 818
2) BR 110.100

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 2 Verteilungsverfahren

[1] Die 120 Sitze des Grossen Rates werden auf die Wahlkreise nach folgendem Verfahren verteilt: *

a) Vorwegverteilung:
   1. * Die schweizerische Wohnbevölkerung des Kantons wird durch 120 geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die erste Verteilungszahl. Jeder Wahlkreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.
   2. * Die schweizerische Wohnbevölkerung der verbleibenden Wahlkreise wird durch die Zahl der noch nicht zugeteilten Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die zweite Verteilungszahl. Jeder Wahlkreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.
   3. * Dieses Verfahren wird wiederholt, bis die verbleibenden Wahlkreise die letzte Verteilungszahl erreichen.

b) * Hauptverteilung: Jeder verbliebene Wahlkreis erhält so viele Sitze, als die letzte Verteilungszahl in seiner Bevölkerungszahl enthalten ist.

c) * Restverteilung: Die restlichen Sitze werden auf die Wahlkreise mit den grössten Restzahlen verteilt. Erreichen mehrere Wahlkreise die gleiche Restzahl, so scheiden sie in der Reihenfolge der kleinsten Reste aus, die sich nach der Teilung ihrer Bevölkerungszahl durch die erste Verteilungszahl ergeben. Sind auch die Reste gleich, so entscheidet das Los.

Art. 3 Bekanntgabe

[1] Die Regierung gibt die Zahl der in jedem Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten jeweils vor den Wahlen im Kantonsamtsblatt bekannt. *

Art. 4 Stellvertreterinnen und Stellvertreter

[1] Jeder Wahlkreis wählt so viele Stellvertreterinnen und Stellvertreter, als er Abgeordnete zu wählen hat, höchstens jedoch zehn. *

Art. 5 Wahlbeschwerden

[1] Das Ratssekretariat unterbreitet eine bei der Standeskanzlei eingegangene Beschwerde unverzüglich der Präsidentin oder dem Präsidenten des Wahlbüros zur Vernehmlassung, ordnet, falls nötig, weitere Erhebungen an und legt die Akten der Kommission für Justiz und Sicherheit vor.

[2] Diese legt dem Grossen Rat in seiner ersten Sitzung einen begründeten Antrag zur Entscheidung vor.

[3] Den beanstandeten Abgeordneten ist der Einsitz bis zur Erledigung der Beschwerdeangelegenheiten durch den Grossen Rat gestattet. Bei der Behandlung haben sie in Ausstand zu treten.

Anhang 1: Art. 1 Abs. 2

(Stand 1. Januar 2020)

Die Gemeinden sind wie folgt den Wahlkreisen zugeordnet[1]:

Wahlkreis	**Gemeinden**
Alvaschein	Albula/Alvra, Vaz/Obervaz
Avers	Avers
Belfort	Lantsch/Lenz, Schmitten
Bergün	Bergün Filisur
Bregaglia	Bregaglia
Brusio	Brusio
Calanca	Buseno, Calanca, Castaneda, Rossa, Sta. Maria i.C.
Chur	Chur
Churwalden	Churwalden, Tschiertschen-Praden
Davos	Davos
Disentis	Disentis/Mustér, Medel (Lucmagn), Sumvitg, Trun, Tujetsch
Domleschg	Domleschg, Fürstenau, Rothenbrunnen, Scharans, Sils i.D.
Fünf Dörfer	Haldenstein, Landquart, Trimmis, Untervaz, Zizers
Ilanz	Falera, Ilanz/Glion, Laax, Obersaxen Mundaun, Sagogn, Schluein
Jenaz	Fideris, Furna, Jenaz
Klosters	Klosters-Serneus
Küblis	Conters i.P., Küblis
Lumnezia/Lugnez	Lumnezia, Vals
Luzein	Luzein
Maienfeld	Fläsch, Jenins, Maienfeld, Malans
Mesocco	Lostallo, Mesocco, Soazza
Oberengadin	Bever, Celerina/Schlarigna, Madulain, Pontresina, La Punt Chamues-ch, Samedan, St. Moritz, S-chanf, Sils i.E./Segl, Silvaplana, Zuoz
Poschiavo	Poschiavo

[1] Der Stand und die Bezeichnungen der Gemeinden werden jährlich den Gemeindezusammenschlüssen entsprechend formlos angepasst.

Ramosch	Samnaun, Valsot
Rhäzüns	Bonaduz, Domat/Ems, Rhäzüns
Rheinwald	Rheinwald, Sufers
Roveredo	Cama, Grono, Roveredo, San Vittore
Ruis	Breil/Brigels
Safien	Safiental
Schams	Andeer, Casti-Wergenstein, Donat, Ferrera, Lohn, Mathon, Rongellen, Zillis-Reischen
Schanfigg	Arosa
Schiers	Grüsch, Schiers
Seewis	Seewis
Suot Tasna	Scuol
Sur Tasna	Zernez
Surses	Surses
Thusis	Cazis, Flerden, Masein, Thusis, Tschappina, Urmein
Trins	Felsberg, Flims, Tamins, Trin
Val Müstair	Val Müstair

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)

Änderung vom 12. Februar 2018 (Inkraftsetzung der Regierung noch ausstehend)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 9 Abs. 3, Art. 21 Abs. 2 und 3 sowie Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Januar 2005[3)],

beschliesst:

2. Wahlen und Abstimmungen

2.2.A ANMELDEVERFAHREN FÜR MAJORZWAHLEN AN DER URNE *

Art. 19b * Erneuerungswahlen
1. Aufforderung

[1] Bis spätestens am vierzehntletzten Montag vor dem Wahltag ist die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zu publizieren: *

a) bei kantonalen Wahlen von der Standeskanzlei;
b) bei Grossratswahlen von den Regionalausschüssen;
c) bei Regionalgerichtswahlen von den Verwaltungskommissionen der Regionalgerichte;
d) bei kommunalen Wahlen von den Gemeindekanzleien.

[2] Die Aufforderung beinhaltet:

a) Ort und Frist der Einreichung von Wahlvorschlägen;
b) Datum eines zweiten Wahlganges;

---

1) GRP 2005/2006, 144
2) BR 110.100
3) Seite 3

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

c) Ort und Frist der Einreichung von Wahlvorschlägen für einen zweiten Wahlgang.

[3] Die Publikation der Aufforderung erfolgt bei kantonalen und regionalen Wahlen im Kantonsamtsblatt, bei kommunalen Wahlen in ortsüblicher Weise.

Art. 19e * c) Einreichung

[1] Wahlvorschläge müssen bis spätestens am neuntletzten Montag vor dem Wahltag eintreffen: *****

a) bei kantonalen Wahlen bei der Standeskanzlei;
b) bei Grossratswahlen beim zuständigen Regionalausschuss;
c) bei Regionalgerichtswahlen bei der zuständigen Verwaltungskommission;
d) bei kommunalen Wahlen bei der zuständigen Gemeindekanzlei.

[2] Nach diesem Zeitpunkt eingereichte Wahlvorschläge fallen ausser Betracht.